



V 6458 E

- 31a -

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1968

Grafik des Monats: Warenverkehr Schleswig-Holsteins

Aufsätze: Betriebsgrößen Landwirtschaft

Löhne in der Landwirtschaft

Bautätigkeit 1967 (Teil 1)

Kurzberichte: Wahlberechtigte 1969

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1967	1968	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt März bis Juli ¹			
INDUSTRIE (ohne Energie und Bau)					
Produktionsindex	1958 = 100	143	155	+	8
Beschäftigte ²	1 000	170	172	+	1
Umsatz ^{2 3}	Mill. DM	806	898	+	11
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill. Std.	21	21		0
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	9,1	9,1		0
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 586	2 359	-	9
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	128,3	162,1	+	26
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	108,0	114,9	+	6
VERKEHR					
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 706	5 827	+	2
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	105,5	105,5		-
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100 ^a	103,6	99,8	-	4
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte	1962 = 100 ^a	104,8	99,1	-	5
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100 ^a	106,1	97,9	-	8
Lebenshaltung ⁵					
insgesamt	1962 = 100	114,7	115,9	+	1
Ernährung	1962 = 100	113,2	111,3	-	2
GELD UND KREDIT					
Bestand an					
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	2 197	2 325	+	6
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	7 037	7 539	+	7
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	3 814	4 320	+	13
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁹	Mill. DM	53	39	-	25
Landesteuern ¹⁰	Mill. DM	88	93	+	6
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	55	57	+	4
Lohnsteuer	Mill. DM	40	43	+	8

1) bei "Verkehr" und "Geld und Kredit": Februar bis Juni

2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

3) ohne Umsatz in Handelsware, aber zuzügl. Umsatzsteuer 4) einschließlich Lehrlingsstunden

5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinvertienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962

6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite

8) Bestand am Monatsende 9) einschließlich Umsatzausgleichsteuer / Einfuhrumsatzsteuer

10) einschließlich Landesanteil an den Einkommensteuern a) ab Januar 1968 ohne Umsatz (Mehrwert) steuer

INHALT 10/68

	Seite
Aktuelle Auslese	217
Aufsätze	
Zur Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe	218-224
Löhne und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft 1966 und 1967	225-230
Bautätigkeit 1967 (Teil 1)	230-235
Kurzberichte	
Wahlberechtigte 1969	235-236
Grafik des Monats	226-227
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B — Industrie —	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 5/1968

Entwicklung der Schüferzahlen
Geflügelwirtschaft
Arbeitszeiten Industrie
Verdienste in Industrie und Handel (Teil1)

Heft 6/1968

Investitionskraft der Gemeinden
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)
Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967
Kapitalgesellschaften 1965-1967

Heft 7/1968

Volkseinkommen
Lehrerbedarf
Straßenverkehrsunfälle 1967
Verbraucherpreise im Bund

Heft 8/1968

Ertragsmessungen Landwirtschaft
Zur Viehwirtschaft 1967
Ausgaben für öffentliche Schulen
Realschulabschluß
Studenten 1968

Heft 9/1968

Bruttoinlandsprodukt 1967
Unnatürliche Todesfälle
Baupreise im Bundesgebiet
Körperschaftsteuer 1965



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1968

Aktuelle Auslese

Expansion auf breiter Front



Im ersten Halbjahr 1968 hat sich die Wirtschaftstätigkeit im produzierenden Bereich – Industrie, Bauhauptgewerbe, Handwerk – belebt, wobei neben der saisonalen Bewegung auch konjunkturelle Einflüsse wirksam waren. Die Produktion der Industrie war in den ersten sieben Monaten 1968 um mehr als 7 % höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Zuwachsraten lagen zwischen gut 5 % bei den Investitionsgütern und über 9 % bei den Verbrauchsgütern. Die Beschäftigtenzunahme um etwa 5 000 seit Jahresbeginn übersteigt bei weitem das saisonübliche Ausmaß.

Im Bauhauptgewerbe lag der Beschäftigtenstand im Mittel der ersten 7 Monate 1968 um gut 2 % über dem Vorjahresniveau, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die zunehmende Automatisierung tendenziell eine Beschäftigtenabnahme bewirken müßte.

Im Handwerk ist der Umsatzzuwachs vom 1. auf das 2. Quartal 1968 bemerkenswert: + 25 % im Mittel aller Handwerksgruppen, + 48 % beim Bauhandwerk, + 31 % beim metallverarbeitenden Handwerk.

Nochmals weniger Schweine



Am 3. September wurde in Schleswig-Holstein ein Bestand von 1,78 Mill. Schweinen ermittelt. Das sind 52 000 Schweine oder 3 % weniger als im September des Vorjahres. Der mehrjährige Septemburdurchschnitt wurde knapp unterschritten.

Während die Bestände an Jung- und Schlachtschweinen zusammen nur um 1 % gegenüber dem vorjährigen September zurückgingen, nahmen die Ferkelbestände um 5 %, die Zuchtsauenbestände sogar um 8 % ab. Letztere unterschritten den mehrjährigen Septemburdurchschnitt noch um 3 %.



Weniger Grundstückskäufe

1967 wurden wiederum weniger Kauffälle (– 12 %) gezählt als im Vorjahr, und auch die umgesetzte Fläche war kleiner (– 18 %).

Diese Bewegung gilt für alle unterschiedenen Grundstücksarten (baureifes Land, Rohbauland, Land für Verkehrszwecke, Freifläche) mit Ausnahme des Industrielandes, dessen Umsatz wie 1966 weiter zunahm. Die mittlere Größe der verkauften Fläche ging um 7 % auf 1 790 qm zurück.

Weiterer Rückgang der kommunalen Bauinvestitionen



Trotz verstärkter Investitionshilfen des Landes und des Bundes sind die Bauinvestitionen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Schleswig-Holstein 1967 weiterhin zurückgegangen. Die zusätzlichen Mittel des Landes und des Bundes werden sich wahrscheinlich erst 1968 auswirken. Insgesamt investierten die Kommunen 384 Mill. DM. Das sind 19 Mill. DM oder 5 % weniger als 1966.

Die Verschlechterung der Investitionskraft wirkte sich besonders bei den kreisfreien Städten aus, die 17 Mill. DM oder 17 % weniger als 1966 ausgaben.

Zur Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe

In Heft 3/66 der Statistischen Monatshefte von Schleswig-Holstein sind die Veränderungen in der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur von 1950 bis 1965 dargestellt worden. Aus den dabei erkennbaren Entwicklungstendenzen wurde damals versucht, auch die zukünftige Entwicklung bis zum Jahre 1975 vorauszuschätzen. Bei dieser Vorausschätzung waren zwei Wege beschritten worden:

1. Lineare Extrapolation mit Hilfe der Auszählungen 1960 und 1965
2. Extrapolation unter Berücksichtigung einiger von der geradlinigen Entwicklung abweichender Veränderungen, die aus einzelnen Zwischenauszählungen der 50er Jahre erkennbar waren.

Im großen und ganzen ergaben sich nach dem zweiten Verfahren geringere zukünftige Veränderungen als nach dem ersten. Es war also eine gegenüber der damaligen jüngsten Vergangenheit etwas abgeschwächte Weiterentwicklung unterstellt worden.

Inzwischen liegen nun die Ergebnisse neu eingeführter vergleichbarer jährlicher Auszählungen von 1966 bis 1968 vor, aus denen sich einige erhebliche Abweichungen zu den damals geschätzten Erwartungswerten ergeben. Bei diesen Auszählungen zeigt sich, daß die Entwicklung in den einzelnen Größenklassen keineswegs geradlinig verläuft und daß sich die Veränderungen in wesentlichen Bereichen nicht abgeschwächt, sondern verstärkt haben. Vorausschätzungen der Strukturveränderungen aufgrund von Erfahrungsdaten vergangener Jahre sind demnach zum gegenwärtigen Zeitpunkt außerordentlich schwierig und mit erheblichen Unsicherheiten belastet, weil sie offenbar die Impulse der bereits gewandelten Struktur sowie jeweils neu hinzukommende äußere Faktoren nicht genügend berücksichtigen können.

Landwirtschaftliche Betriebe 1965 und 1968

Größenklasse nach der LN in ha	Zahl der Betriebe 1965	1966 erwartete ¹ Zahl der Betriebe 1968 nach		Wirkliche Zahl der Betriebe 1968
		Annahme I	Annahme II	
2 - 5	6 834	6 050	6 460	6 398
5 - 10	5 427	4 660	5 040	4 884
10 - 15	5 159	4 440	4 760	4 389
15 - 20	6 319	6 000	5 950	5 630
20 - 30	10 243	10 520	10 370	10 153
30 - 50	8 316	8 530	8 450	8 607
50 - 100	3 145	3 190	3 180	3 248
100 und mehr	577	590	590	589
Zusammen	46 020	43 980	44 800	43 898

1) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 51 (März)

Im einzelnen haben sich seit 1965 folgende Veränderungen ergeben:

Die Zahl der Betriebe zwischen 2 und 5 ha hat um 436 abgenommen. Das entspricht etwa der damaligen Erwartung nach Annahme II. Zwischen 5 und 10 ha sind 543 Betriebe weniger vorhanden, die neue Betriebszahl liegt etwa in der Mitte zwischen den beiden damaligen Erwartungswerten. Die Größenklasse 10 bis 15 ha ist um 770 Betriebe kleiner geworden, das entspricht ziemlich den Erwartungen nach Annahme I. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich die Entwicklung in diesen Größenklassen überwiegend innerhalb der erwarteten Spannen bewegt hat.

Anders sieht es bei den höheren Größenklassen aus. In der Größenklasse 15 bis 20 ha hat die Zahl der Betriebe um 689 auf 5 630 abgenommen. Hier war bis 1968 aber nur eine Abnahme auf 5 950 (II.) bis 6 000 (I.) Betriebe erwartet worden. Allerdings ist damals gleich gesagt worden, daß die Vorausschätzung in dieser Größenklasse rein spekulativen Charakter besitzt, da zwischen den beiden vorangegangenen Beobachtungszeiträumen ein die Schätzung sehr erschwerender Tendenzumschwung eingetreten war. Ein solcher Tendenzumschwung hat sich nunmehr ganz offensichtlich auch in der nächsthöheren Größenklasse ereignet. Bei den Betrieben zwischen 20 und 30 ha waren damals noch Zunahmen zwischen 130 (II.) und 280 (I.) Betrieben erwartet worden. Tatsächlich ist ein Rückgang um 90 Betriebe eingetreten. Dagegen ist der Zuwachs in der Größenklasse 30 bis 50 ha bei beiden Annahmen unterschätzt worden. Die Zahl der Betriebe ist hier innerhalb von 3 Jahren um 291 Einheiten angewachsen. Auch in der Größenklasse von 50 bis 100 ha ist mit 103 Betrieben ein größerer Zuwachs eingetreten als aufgrund der vorangegangenen Entwicklung erwartet werden konnte. Insgesamt ist die Zahl der Betriebe mit 2 und mehr ha LN heute um 80 kleiner, als nach Annahme I, und um 900 kleiner, als nach Annahme II erwartet worden war.

Aufgabe der damaligen Vorausschätzung war es, die mutmaßliche landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur des Jahres 1975 zu ermitteln. Nach den beschriebenen bisherigen Abweichungen der wirklichen von der erwarteten Entwicklung wird es erforderlich, das Bild für 1975 zu korrigieren. Das soll auch versucht werden, obwohl nach diesen Erfahrungen offensichtlich mit weitgehend unbekanntem gegenwärtigen und zukünftigen Einflüssen zu rechnen ist, die stärker berücksichtigt werden müßten. Vermutlich müssen

daher in den nächsten Jahren weitere Korrekturen folgen. Solche laufenden Korrekturen dürften einem völligen Verzicht auf eine Vorausschau jedoch vorzuziehen sein. Bevor die Neuschätzung der Zahlen für 1975 aus der Sicht des Jahres 1968 aufgeführt wird, sollen nun einige Informationen mitgeteilt werden, die aus den Unterlagen der 1966 und 1967 durchgeführten Auszählungen nachträglich gewonnen werden konnten.

Die Materialgrundlage

Die Informationen über die Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur werden aus den jährlichen Vorerhebungen zur Bodennutzungserhebung gewonnen. Bei dieser Erhebung teilt jeder Betriebsinhaber zu Beginn des Jahres mit, ob und ggf. wieviel sein Betrieb seit der letzten Erhebung Land aufgenommen oder abgegeben hat. Da gleichzeitig die korrespondierenden Betriebe genannt werden, können die Angaben wechselseitig kontrolliert werden; dies geschieht auch weitgehend. Die Angaben führen auf die neue Größe der Betriebe.¹ Durch Auszählung nach Größenklassen ergibt sich die neue Größenstruktur, die den vergleichbaren Auszählungen der früheren Jahre gegenüber gestellt wird. Die bei einer solchen Gegenüberstellung ablesbaren Veränderungen in den einzelnen Größenklassen sind Salden aus Zu- und Abgängen. Tatsächlich wechseln im Laufe eines Jahres jedoch erheblich mehr Betriebe die Größenklasse, als aus diesen Salden ersichtlich ist. Es soll daher versucht werden, das tatsächliche Ausmaß der Veränderungen in einer Bilanz darzustellen, die aus der Verfolgung der Einzelfälle gewonnen wurde. Dabei ergeben sich einige gravierende Schwierigkeiten, auf die vorweg hingewiesen werden muß, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Die Größenänderungen der Betriebe bestehen nicht nur daraus, daß hier einige Hektar abgegeben und dort einige Hektar aufgenommen werden. Vielmehr treten häufig sehr komplizierte Vorgänge auf, die aus den eingehenden Meldungen nicht immer ganz verfolgt werden können. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang nicht bekannt, ob es sich bei einer Veränderung um Kauf, Pacht, Pacht-rückgabe oder Erbübergang handelt. Bei Zusammenlegungen zweier Betriebe scheidet einer aus den Nachweisungen aus. Ob das der größere oder der kleinere Betrieb ist, hängt meist einzig davon ab, welcher Betriebsinhaber das neue Unternehmen weiterführt. Bei Besitzerwechsel wird meist nur der Name

des Inhabers geändert, ohne daß eine "Veränderung" registriert wird. In einigen Fällen aber - besonders wenn gleichzeitig Größenänderungen damit verbunden sind - erlischt der Betrieb zunächst in den Nachweisungen und tritt dann als neues Unternehmen wieder auf. Solche Fälle lassen sich in den Nachweisungen nicht von echten Auflösungen und echten Neugründungen unterscheiden. Aus diesem Grunde sind die Auflösungen und Neugründungen in der Bilanz nicht gesondert ausgewiesen, sondern in den "Veränderungen um mehr als eine Größenklasse" enthalten. Diese Veränderungen sind daher gegenüber der Wirklichkeit etwas überhöht. In diesem Zusammenhang mag die Frage auftreten, wieso in Zeiten sinkender Betriebszahlen überhaupt Neugründungen von Betrieben vorkommen. In der Tat gibt es eine ganze Reihe solcher Neugründungen, wobei gleichzeitig deutlich wird, daß die Zahl der tatsächlichen Auflösungen auch erheblich größer ist als sich aus den jährlich veröffentlichten Strukturübersichten erkennen läßt. Neugründungen entstehen z. B. einmal bei der Siedlung, zum anderen aber auch dadurch, daß zeitweilig parzellenweise verpachtet gewesene Betriebe wieder in Eigenbewirtschaftung genommen werden, wenn z. B. ein Hoferbe herangewachsen ist, oder dadurch, daß Betriebe aus verschiedenen Gründen geteilt werden.

Starker Größenklassenwechsel innerhalb eines Jahres²

Die nachstehende Tabelle zeigt nun für jede Größenklasse detailliert die im Laufe der Jahre 1965 und 1966 eingetretenen Veränderungen. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

Die Veränderungen von 1966 auf 1967 waren stärker als im Jahr davor. Es ist allerdings nicht ganz auszuschließen, daß es sich bei einem kleinen Teil der 1966 ausgewiesenen Fälle um Nachholfälle aus dem Vorjahr handelt.

Die tatsächlichen Bewegungen in der Größenstruktur waren erheblich größer, als durch die ausgewiesenen Salden zum Ausdruck kommt.

Von den Betrieben, die Anfang 1965 in einer der Größenklassen bis 20 ha vorhanden waren, sind bis Ende 1965 jeweils rd. 10 % nach oben oder unten aus der alten Größenklasse "herausgewandert". Im Jahre 1966 betrug die entsprechende Quote sogar 12 bis 15 %.

Dagegen waren am Ende des ersten Berichtsjahres jeweils rd. 8 % und am Ende des 2. Berichtsjahres jeweils rd. 10 % der in einer dieser Größenklassen vorhandenen

¹) Die Größe eines Betriebes (LN) wird bestimmt durch Grundeigentum zuzüglich gepachteter Flächen und abzüglich verpachteter Flächen

²) die verglichenen Zeitpunkte sind die der Bodennutzungs-Vorerhebungen (Februar/März); der Einfachheit halber sind die Zeiträume den Kalenderjahren gleichgesetzt worden

Betriebe im Laufe des Jahres neu in diese Größenklasse "hineingewandert".

Bei den Betrieben in den Größenklassen über 20 ha waren diese Bewegungen ähnlich. Das Ausmaß war jedoch im Verhältnis zur Zahl der jeweils vorhandenen Betriebe geringer.

Von den Betrieben, die im Laufe eines Jahres die Größenklasse gewechselt haben, "wanderten" aus den Größenklassen

2 – 5 ha und 5 – 10 ha erheblich mehr Betriebe in kleinere als in höhere Größenklassen,

10 – 15 ha etwa gleich viele in kleinere und höhere Größenklassen,

15 – 20 ha und 20 – 30 ha (nur 1966) mehr Betriebe in höhere als in kleinere Größenklassen,

über 30 ha mehr in kleinere als in höhere Größenklassen; der Verlust wurde hier durch Zuwachs aus kleineren Größenklassen kompensiert.

Größenänderungen landwirtschaftlicher Betriebe (Bilanz) in den Jahren¹ 1965 und 1966

Größenklasse nach der LN in ha	Landw. Betriebe Anfang des Jahres	davon verließen diese Größenklasse im Laufe des Jahres					Es verblieben also in der alten Größenklasse	Hinzu kamen aus anderen Größenklassen im Laufe des Jahres					Saldo der Zu- und Abgänge	Landw. Betriebe Ende des Jahres
		insgesamt	und zwar wechselten in					insgesamt	und zwar kamen aus					
			die nächsthöhere	eine noch höhere	die nächstkleinere	eine noch kleinere ²			der nächsthöheren	einer noch höheren	der nächstkleineren	einer noch kleineren ³		
- 1965 -														
2 – 5 ^a	6 834 100	623 9,1	124 1,8	35 0,5	132 1,9	332 4,9	6 211 90,9	555 8,2	182 2,7	87 1,3	82 1,2	204 3,0	- 68 - 1,0	6 766 100
5 – 10	5 427 100	611 11,3	130 2,4	38 0,7	182 3,4	261 4,8	4 816 88,7	461 8,7	139 2,6	103 2,0	124 2,3	95 1,8	- 150 - 2,8	5 277 100
10 – 15	5 159 100	542 10,5	199 3,9	54 1,0	139 2,7	150 2,9	4 617 89,5	359 7,2	134 2,7	38 0,8	130 2,6	57 1,1	- 183 - 3,5	4 976 100
15 – 20	6 319 100	646 10,2	331 5,2	26 0,4	134 2,1	155 2,5	5 673 89,8	475 7,7	172 2,8	14 0,2	199 3,2	90 1,5	- 171 - 2,7	6 148 100
20 – 30	10 243 100	664 6,5	277 2,7	8 0,1	172 1,7	207 2,0	9 579 93,5	647 6,3	161 1,6	7 0,1	331 3,2	148 1,4	- 17 - 0,2	10 226 100
30 – 50	8 316 100	357 4,3	100 1,2	1 0,0	161 1,9	95 1,1	7 959 95,7	417 5,0	63 0,8	1 0,0	277 3,3	76 0,9	+ 60 + 0,7	8 376 100
50 – 100	3 145 100	113 3,6	20 0,6	-	63 2,0	30 1,0	3 032 96,4	135 4,3	6 0,2	-	100 3,2	29 0,9	+ 22 + 0,7	3 167 100
100 und mehr	577 100	15 2,6	-	-	6 1,0	9 1,6	562 97,4	22 3,8	-	-	20 3,4	2 0,3	+ 7 + 1,2	584 100
- 1966 -														
2 – 5 ^a	6 766 100	842 12,4	148 2,2	35 0,5	203 3,0	456 6,7	5 924 87,6	712 10,7	205 3,1	93 1,4	136 2,0	278 4,2	- 130 - 1,9	6 636 100
5 – 10	5 277 100	720 13,6	173 3,3	38 0,7	205 3,9	304 5,8	4 557 86,4	541 10,6	188 3,7	73 1,4	148 2,9	132 2,6	- 179 - 3,4	5 098 100
10 – 15	4 976 100	762 15,3	311 6,3	71 1,4	188 3,8	192 3,9	4 214 84,7	450 9,6	154 3,3	59 1,3	173 3,7	64 1,4	- 312 - 6,3	4 664 100
15 – 20	6 148 100	780 12,6	439 7,1	27 0,4	154 2,5	160 2,6	5 368 87,3	566 9,5	204 3,4	14 0,2	311 5,2	37 0,6	- 214 - 3,5	5 934 100
20 – 30	10 226 100	795 7,8	422 4,1	8 0,1	204 2,0	161 1,6	9 431 92,2	765 7,5	208 2,0	11 0,1	439 4,3	107 1,0	- 30 - 0,3	10 196 100
30 – 50	8 376 100	446 5,3	135 1,6	1 0,0	208 2,5	102 1,2	7 930 94,7	577 6,8	76 0,9	-	422 5,0	79 0,9	+ 131 + 1,6	8 507 100
50 – 100	3 167 100	125 3,9	17 0,5	-	76 2,4	32 1,0	3 042 96,1	167 5,2	9 0,3	-	135 4,2	23 0,7	+ 42 + 1,3	3 209 100
100 und mehr	584 100	14 2,4	-	-	9 1,5	5 0,9	570 97,6	20 3,4	-	-	17 2,9	3 0,5	+ 6 + 1,0	590 100

1) die verglichenen Zeitpunkte sind die der Bodennutzungs-Vorerhebungen (Februar/März); der Einfachheit halber sind die Zeiträume den Kalenderjahren gleichgesetzt worden 2) oder wurden aufgelöst 3) oder entstanden neu

a) die nächstkleinere Größenklasse umfaßt 1 – 2 ha, sie wurde aus der Übersicht weggelassen

Anmerkungen: Die Prozente (kursiv) der abgehenden und verbleibenden Betriebe sowie des Saldo beziehen sich auf den Ausgangswert, die der zugehenden Betriebe dagegen auf den Endwert.

Betriebe mit mindestens 1 ha Größenveränderungen 1965 und 1966

Größenklasse nach der LN in ha	Betriebe, deren LN sich im Laufe des Jahres um mindestens 1 ha verändert hat								Betriebe mit			
	1965		1966		darunter Betriebe mit Zunahmen				Zunahmen		Abnahmen	
	1965		1966		1965		1966		1965	1966	1965	1966
	Anzahl	% ¹	Anzahl	% ¹	Anzahl	% ²	Anzahl	% ²	in % aller Betriebe			
2 - 5	822	12,0	1 138	16,8	254	30,9	325	28,6	3,7	4,8	8,3	12,0
5 - 10	917	16,9	1 151	21,8	315	34,4	433	37,6	5,8	8,2	11,1	13,6
10 - 15	908	17,6	1 155	23,2	472	52,0	597	51,7	9,1	12,0	8,5	11,2
15 - 20	1 049	16,6	1 321	21,5	603	57,5	792	60,0	9,5	12,9	7,1	8,6
20 - 25	961	} 16,6	1 252	} 21,5	555	57,8	775	61,9	} 9,2	13,1	7,4	8,4
25 - 30	736		947		383	52,0	566	59,8				
30 - 40	882	} 16,1	1 100	} 20,3	465	52,7	557	50,6	} 8,3	10,3	7,8	10,0
40 - 50	460		603		227	49,3	307	50,9				
50 - 70	337	} 15,8	474	} 21,5	161	47,8	246	51,9	} 7,5	10,3	8,3	11,2
70 - 100	161		206		75	46,6	80	38,8				
100 und mehr	120	20,8	140	24,0	51	42,5	58	41,4	8,8	9,9	12,0	14,0
Insgesamt	7 353	16,0	9 487	20,8	3 561	48,4	4 736	49,9	7,7	10,4	8,2	10,4

1) in % aller Betriebe

2) in % der Betriebe mit Veränderung

Die letzte Aussage bedarf einer wesentlichen Ergänzung. Bereits bei den Betrieben ab 20 ha (1965) wird das Bild durch "unechte" Auflösungen und Neubildungen von Betrieben, wie oben angedeutet, sowie durch Effekte der Größenklassenbildung beeinflusst und in der echten Strukturaussage sogar mißverständlich. Die Zahlen sind hier dennoch gebracht worden, um Lücken in der beabsichtigten Größenklassenbilanz zu vermeiden.

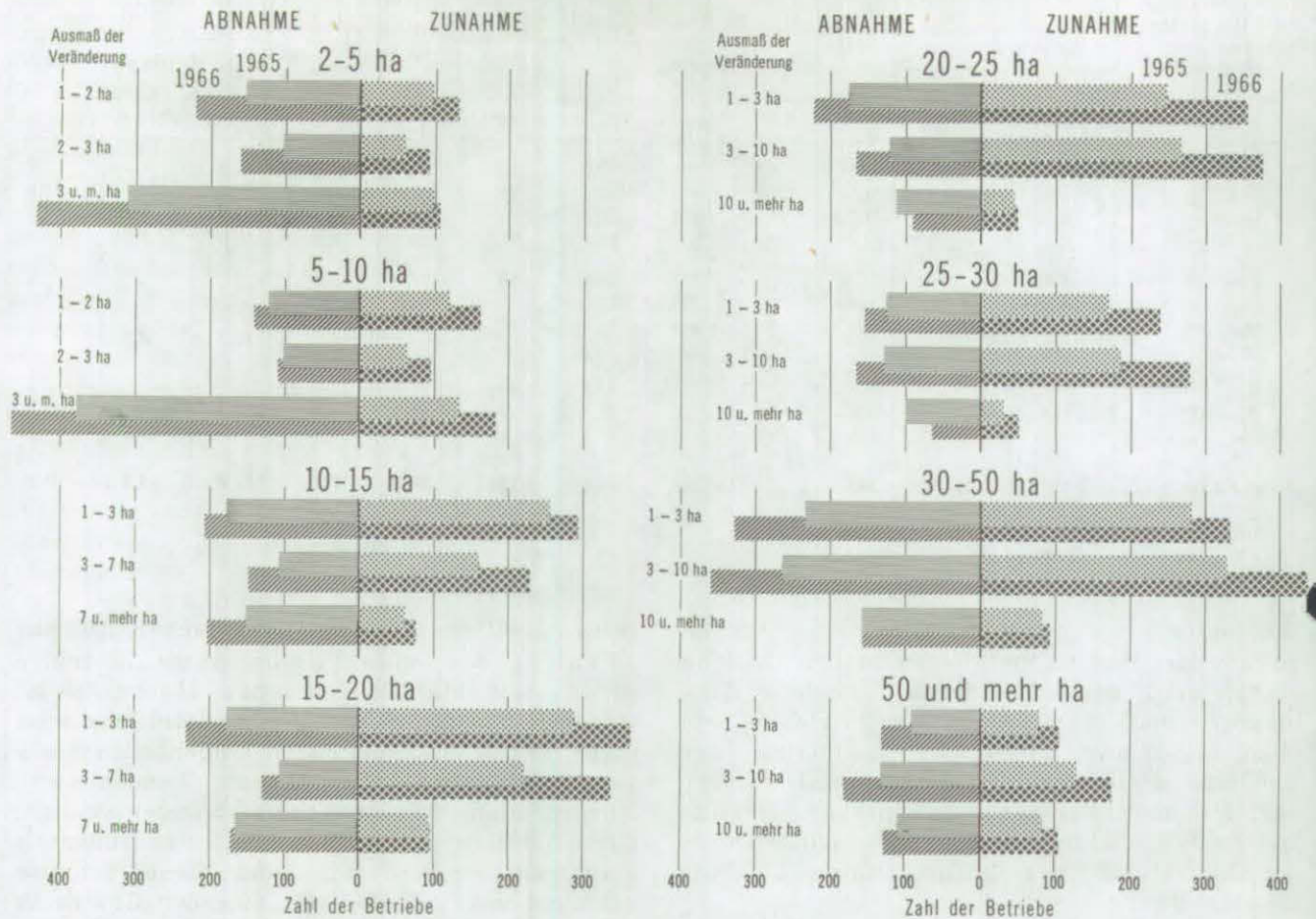
Den tatsächlichen Verhältnissen besser gerecht wird eine Auszählung, deren Ergebnisse in der obigen Tabelle wiedergegeben werden. Bei dieser Auszählung sind nicht nur, wie bei der Bilanz, diejenigen Betriebe berücksichtigt worden, die im Laufe eines Jahres die Größenklasse gewechselt haben, sondern auch die, deren Größe sich um mindestens 1 ha geändert hat, auch wenn damit kein Größenklassenwechsel verbunden war. Die zum Teil problematischen Neuzugänge sind ganz ausgelassen worden. Ein gewisser, wegen der ungleichen Größenspannen der Bilanz anhaftender "Größenklasseneffekt" ist bei dieser Art der Zusammenstellung ebenfalls vermieden, so daß hier genauer abgelesen werden kann, in welchen - übrigens feiner unterteilten - Betriebsgrößenspannen sich die Betriebe überwiegend vergrößern und in welchen sie sich überwiegend verkleinern.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Auswertung sind: In allen Größenklassen waren in den letzten beiden Jahren jeweils 15 bis 20% der Betriebsinhaber bestrebt oder gezwungen, den Umfang der von ihnen bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche zu verändern. Zwischen 2 und 10 ha gingen dabei ungefähr 2/3 der Betroffenen den Weg der Verkleinerung

(einschließlich Auflösung), zwischen 10 und 15 ha wurden etwa gleich viele Betriebe größer wie kleiner, zwischen 15 und 30 ha Größe haben besonders im zweiten Jahr weit mehr Betriebsinhaber Land aufgenommen als Land abgegeben. Hier ist die Tendenz zur Vergrößerung der Betriebe also unverkennbar. Offensichtlich verläuft diese Vergrößerung schrittweise. Immerhin sind diese Schritte oft nicht unerheblich, wie aus der Grafik zu erkennen ist. Wie oft Betriebe im Laufe der Jahre mehrfach Land aufnahmen (oder abgaben), ist allerdings aus den jetzigen Auszählungen nicht zu ersehen. Klar erkennbar ist aber, daß die Abnahme der Betriebszahl in diesen Größenklassen in stärkerem Maße durch eine Vergrößerung als durch eine Verkleinerung der Betriebe verursacht wird. Es entwickeln sich weit mehr Betriebe nach oben aus diesen Größenklassen heraus, als von unten nachrücken. Die Entwicklung führt schließlich zu einem Zuwachs in den Größenklassen ab 30 ha. Von den Betrieben zwischen 30 und 70 ha wurden etwa gleich viele größer wie kleiner.³ Per Saldo nehmen diese Größenklassen, wie gesagt, wegen des Zugangs von unten zu. Dieser Größenklassenbereich entwickelt sich gegenwärtig offensichtlich immer weiter zum eigentlichen Schwerpunkt der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß von den Betrieben über 70 ha Größe gegenwärtig mehr Betriebe Land abgeben als Land aufnehmen. Ursache dürfte in vielen Fällen

3) In der "Bilanz" wirkt sich das in einem größeren Übertritt in die jeweils untere als in die jeweils höhere Größenklasse aus, da die Besetzung im unteren Bereich der Größenklassen hier größer ist als im oberen Bereich

FLÄCHENÄNDERUNGEN LANDWIRTSCHAFTLICHER BETRIEBE IN ACHT GRÖßENKLASSEN · 1965 UND 1966



das Ausscheiden bisher noch vorhandener fremder Arbeitskräfte und der Übergang auf ausschließliche Bewirtschaftung durch die Familie sein.

Nun ist es sicherlich nicht statthaft, alle Größenveränderungen von Einzelbetrieben im Sinne einer ökonomisch oder sozial bedingten Strukturänderung zu deuten. In vielen Fällen haben die Änderungen eher gleichsam zufälligen Charakter, der geänderte Zustand ist sicher auch vielfach nicht von langer Dauer. Der Pachtwechsel von Marschweiden, Erbfälle, Baumaßnahmen und besondere Gelegenheiten führen zu einer Fülle von Veränderungen ohne sozial-ökonomischen Hintergrund. Diese Fälle sind aber zum größten Teil nicht einseitig gerichtet (abgesehen von einigen Ausnahmen, wie z. B. Baumaßnahmen), also ohne feste Tendenz. Die Informationen über Strukturänderungen ergeben sich demgegenüber erst, wie hier gezeigt, aus der zweckentsprechenden Auswertung statistischer Massen. Die Beobachtung der Einzelfälle ist dabei jedoch wichtig, um die Massenbewegungen deuten zu können.

Leider liegen außer der Betriebsgröße in der Materialgrundlage dieser Auswertung keine

weiteren Informationen über die sich ändernden Betriebe vor. Bei einer relativ kleinen Anzahl von ihnen war es aber durch Zusammenführung mit Informationen aus anderen Erhebungen möglich, zumindest einem Faktor nachzugehen, der im Zusammenhang mit den Strukturänderungen von Interesse sein dürfte. Es ist dies das Alter der Betriebsinhaber. Die Untersuchung konnte aus verschiedenen Gründen nur an 435 zufällig herausgegriffenen Betrieben aus fünf über das Land verteilten Kreisen durchgeführt werden. Von diesen 435 Betrieben hatten 235 im Laufe des Jahres Flächen aufgenommen und 200 hatten Flächen abgegeben. Bei letzteren sind auch einige Auflösungen eingeschlossen. Von den Inhabern der Betriebe mit Landzugängen waren 75% unter 45 Jahre alt und nur 25% über 45 Jahre alt. Von den Betriebsinhabern, die Land abgegeben haben oder deren Betriebe aufgehört haben zu existieren, waren demgegenüber nur 45% unter, aber 55% über 45 Jahre alt. Dabei ist in den beiden Gruppen in einigen Fällen, in denen ein erwachsener Sohn neben einem alten Betriebsinhaber voll im Betrieb beschäftigt war, das Alter des Sohnes anstelle des Inhabers in die Auszählung einbezogen worden. Auch wenn diese Ergebnisse wegen der

Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe nach Altersspannen¹

Vorausschau

Größenklasse nach der LN	Von den Betriebsinhabern standen im Alter von ... Jahren				
	bis 45	45 bis 65	65 u. mehr	Insgesamt	
2 - 5 ha	1960	1 704	4 651	1 653	8 008
	1966	1 631	3 700	1 315	6 646
	Veränderung	- 73	- 951	- 338	- 1 362
5 - 10 ha	1960	1 664	4 012	945	6 621
	1966	1 640	2 847	681	5 168
	Veränderung	- 24	- 1 165	- 264	- 1 453
10 - 20 ha	1960	4 413	7 555	1 133	13 101
	1966	4 604	5 567	821	10 992
	Veränderung	+ 191	- 1 988	- 312	- 2 109
20 - 30 ha	1960	3 761	5 312	669	9 742
	1966	4 888	4 665	596	10 149
	Veränderung	+ 1 127	- 647	- 73	+ 407
30 - 50 ha	1960	3 132	4 259	516	7 907
	1966	4 529	3 344	491	8 364
	Veränderung	+ 1 397	- 915	- 25	+ 457
50 ha und mehr	1960	1 357	1 910	298	3 565
	1966	1 687	1 687	282	3 656
	Veränderung	+ 330	- 223	- 16	+ 91
Zusammen	1960	16 031	27 699	5 214	48 944
	1966	18 979	21 830	4 186	44 995
	Veränderung	+ 2 948	- 5 869	- 1 028	- 3 969

1) für 1966 Schätzung aufgrund von zwei repräsentativen Arbeitskräfteerhebungen

kleinen Zahl untersuchter Betriebe nur eine geringe Repräsentanz besitzen, so dürfte doch deutlich werden, daß die Betriebe zur Zeit vornehmlich dann Land abgeben, wenn die Inhaber alt geworden sind, und daß das Land überwiegend von jüngeren Bauern anderer Betriebe aufgenommen wird.

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die altersmäßige Zusammensetzung aller in Schleswig-Holstein vorhandenen Betriebsinhaber von Interesse. Die vorstehende Tabelle zeigt die Verhältnisse von 1960 und 1966. Die Zahlen der Altersgliederung 1966 sind Mittelwerte aus den Stichprobenerhebungen über die Landarbeitskräfte in den Wirtschaftsjahren 1964/65 und 1966/67. Sie können nur als Schätzgrößen für das Jahr 1966 angesehen werden, da die Ausgangswerte mit nicht unerheblichen Zufallsfehlern behaftet sind. Die Zahlen für 1960 entstammen der (totalen) Landwirtschaftszählung. Auch wenn man die Unsicherheiten der Zahlen für 1966 berücksichtigt, wird doch sehr deutlich, daß heute erheblich mehr jüngere Betriebsinhaber in den Betrieben wirtschaften als zu Beginn dieses Jahrzehnts.

Das zukünftige Verhalten der Betriebsinhaber ist nur sehr schwer abzuschätzen. Einerseits wird es nicht unerheblich davon abhängen, wie viele der älteren Betriebsinhaber einen übernahmewilligen Nachfolger haben, zum anderen davon, wie viele jüngere Betriebsinhaber mit unzureichender Landausstattung den Weg zum größeren Betrieb oder zu neuen Bewirtschaftungsformen und wie viele den Weg aus der Landwirtschaft heraus gehen werden. Vor allem letzteres hängt stark davon ab, wie dieser Personenkreis die wirtschaftlichen Aussichten der Landwirtschaft abschätzt und welche Möglichkeiten des außerlandwirtschaftlichen Erwerbs in den ländlichen Räumen bestehen. Schließlich ist es von Bedeutung, wie viele der kleineren Betriebe durch Spezialbetriebszweige (z. B. Gartenbau) oder durch einen stabilen Nebenerwerb oder Zuerwerb bereits heute eine dauerhafte Position im Betriebsgrößengefüge einnehmen. Betrachtet man nämlich die bisherige Entwicklung in den einzelnen Betriebsgrößeklassen auch unter regionalen Gesichtspunkten, so deutet vieles darauf hin, daß in einigen Naturräumen in bestimmten Größenklassen so etwas wie ein fester Kern vorhanden ist, in dem sich relativ geringere Veränderungen vollziehen als in anderen Räumen. Das gilt für die Größenklassen bis 10 ha z. B. für die um Hamburg liegenden Naturräume mit verbreitetem Vorkommen von Sonderkulturen, in denen die Abnahmen seit 1960 in diesen Größenklassen weit geringer waren als etwa im ostholsteinischen Hügelland oder in Angeln. Andererseits waren zwischen 10 und 15 ha die Abnahmen in Ostholstein, Angeln, auf der Vorgeest und der Heide-Itzehoer-Geest stärker als in den anderen Räumen. Das gleiche gilt mit Ausnahme Angelns für die Größenklassen 15 bis 20 ha. Es handelt sich hier jeweils um die Räume, in denen diese Größenklassen besonders stark verbreitet waren. Zwischen 20 und 30 ha gab es bisher besonders im Südwesten des Landes Abnahmen, während im Nordosten noch Zunahmen zu verzeichnen waren.

Eingangs wurde bereits gesagt, daß die Größenklassenentwicklung nicht geradlinig verläuft. Der jeweils erreichte Stand des Strukturwandels im weitesten Sinne und nicht vorhersehbare äußere Einflüsse werden auch in Zukunft Richtung und Tempo der Betriebsgrößenveränderungen beeinflussen. Die in der folgenden Tabelle wiedergegebene neue Schätzung der Betriebsgrößenstruktur 1975 kann daher auch wieder nur Anhaltspunkt für eine mögliche Entwicklung sein. Sie wird wieder revidiert werden müssen, wenn sich in den nächsten Jahren größere Abweichungen von

den jetzt erkennbaren Entwicklungslinien ergeben sollten. Vielleicht läßt sich das dann mit einer Vorausschau auf weitere Jahre verbinden. Um den Zusammenhang mit der früheren Schätzung zu wahren, wird sie als Annahme III bezeichnet und mit einer Berechnung des mutmaßlichen Arbeitskräftebestandes nach dem früher beschriebenen Verfahren⁴ verbunden.

Für die Neuschätzung der Größenstruktur 1975 wurden die gegenwärtigen Tendenzen für jeden einzelnen Naturraum berücksichtigt. In einzelnen Räumen bereits erkennbare neue Tendenzen wurden für einen späteren Zeitpunkt auch anderen Räumen unterstellt. Damit wurde also angenommen, daß die Entwicklung in verwandten Räumen grundsätzlich ähnlich, aber mit gewissen Phasenverschiebungen verläuft. Diese Unterstellung kann aus der bisherigen Entwicklung als wahrscheinlich angesehen werden.

Geschätzte Zahl landwirtschaftlicher Betriebe und voll in der Landwirtschaft (einschl. Haushalt) beschäftigter Personen im Jahre 1975 (Annahme III)

Größenklasse nach der LN in ha	Betriebe	Personen
2 - 5	5 220	5 600
5 - 10	3 725	5 400
10 - 15	2 880	} 14 400
15 - 20	4 035	
20 - 30	9 265	} 45 000
30 - 50	9 565	
50 - 100	3 710	} 20 600
100 und mehr	600	
Zusammen	39 000	91 000

Die mit allen Vorbehalten dargebotene Neuschätzung der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe über 2 ha für 1975 aus der Sicht des Jahres 1968 führt auf insgesamt 39 000 Einheiten. Das sind rd. 300 Einheiten weniger, als aus der Sicht des Jahres 1965 nach Annahme I erwartet worden war.⁴ Der gravierende Unterschied zu der damaligen Erwartung liegt aber in der Verteilung dieser Betriebe auf die einzelnen Größenklassen. Bis zur Größe von 15 ha wird die Entwicklung wahrscheinlich teils nach der damaligen

Annahme II, teils nach Annahme I verlaufen. In der Größenklasse 15 - 20 ha werden vermutlich nur noch etwa 4 000 und in der Größenklasse 20 - 30 ha etwa 9 300 Betriebe vorhanden sein, während die Zahl der Betriebe zwischen 30 und 50 ha auf über 9 500 und zwischen 50 und 100 ha auf etwa 3 700 ansteigen dürfte. Wenn das eintritt, würde 1975 ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes von Betrieben mit 50 und mehr ha LN bewirtschaftet werden. Ein weiteres Drittel entfiel auf Betriebe zwischen 30 und 50 ha und gut 20% auf Betriebe zwischen 20 und 30 ha. Heute entfallen auf die ersten beiden Gruppen jeweils 29% und auf die dritte Gruppe 22%.

Diese Umschichtung und der gegenüber der ursprünglichen Annahme vermutlich etwas stärkere Rückgang der vollbeschäftigten Arbeitskräfte je Betrieb dürfte die Zahl der in den Betrieben und Haushalten vollbeschäftigten Personen bis zum gleichen Zeitpunkt möglicherweise auf etwa 91 000 zurückgehen lassen. Auch diese Schätzung ist mit erheblichen Unsicherheiten belastet. Die Schätzgröße wurde aus der in den einzelnen Größenklassen 1975 zu erwartenden Zahl der Betriebe und dem zum gleichen Zeitpunkt vermutlich vorhandenen durchschnittlichen Arbeitskräftebestand je Betrieb abgeleitet. Diese beiden Größen haben sich in der Vergangenheit aber nicht stetig, sondern zu verschiedenen Zeiten in verschiedenem Tempo verändert. Das erschwert eine Vorausschätzung ganz beträchtlich. Ein wachsender Teil der Arbeiten ist von vielen Betrieben bereits in der Vergangenheit auf Dienstleistungsunternehmen übertragen worden, was natürlich nicht ohne Einfluß auf die Zahl der betrieblichen Arbeitskräfte bleibt. Quantitative Unterlagen liegen hierüber jedoch nicht vor, und es kann daher nicht abgeschätzt werden, wie hier die Entwicklung weitergehen wird.

Abschließend soll noch einmal betont werden, daß die wiedergegebenen Zahlen Schätzgrößen aufgrund verschiedener Annahmen und Erfahrungen sind. Keineswegs sind es etwa Zielvorstellungen einer vielleicht erwünschten oder unerwünschten Entwicklung. Schließlich muß auch weiterhin jederzeit mit Abweichungen von der vermuteten Entwicklung gerechnet werden.

4) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 51 (März)

Dr. Dieter Mohr

Löhne und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft 1966 und 1967

Die seit 1957 in jedem September durchgeführte Lohnerhebung in der Landwirtschaft hat 1964 eine methodische Umstellung erfahren.

Nach der überwiegend ausgeübten Tätigkeit werden nunmehr folgende Arbeitergruppen gebildet:

- 1) die "angelernten" landwirtschaftlichen Arbeiter, und zwar die Frauen für leichte Arbeiten mit einjähriger Berufserfahrung und die Männer für schwerere Arbeiten mit zweijähriger Berufserfahrung.
- 2) die "Landarbeiter", d. h. die Schlepperfahrer und Maschinenführer. Die Gruppe umfaßt vornehmlich die bisherigen landwirtschaftlichen Spezialarbeiter.
- 3) die "Facharbeiter", zu denen die Facharbeiter mit Brief und die Schlepperfahrer gehören, die Reparaturen ausführen.

Nicht einbezogen werden Hilfsarbeiter, landwirtschaftliche Gehilfen, Melker, Schäfer, Landwirtschaftsmeister, Gärtner, Handwerker und Hauswirtschaftsgehilfinnen. Ferner werden die mithelfenden Familienangehörigen nicht erfaßt.

Nach der Lohnform werden die Monatslöhner und die Stundenlöhner unterschieden. In Betrieben mit 20 bis unter 50 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche werden nur die Monatslöhner erfaßt, weil Stundenlöhner kaum vorkommen, in den Betrieben mit 50 und mehr ha LN auch die Stundenlöhner. Von den Monatslöhnern werden nur die angelernten Arbeiter und die Landarbeiter, von den Stundenlöhnern angelernte, Land- und Facharbeiter einbezogen. Betriebe unter 20 ha LN werden überhaupt nicht in die Erhebung aufgenommen.

Nach wie vor werden der effektive Bruttobarlohn und die gesetzlichen Abzüge erhoben. Da die Stundenlöhner nur in geringem Umfang Lohn in Form von Naturalien beziehen - nach der Lohnstrukturerhebung 1962 betrug der Anteil der Sachwerte im Durchschnitt nur noch 1% des Gesamtlohnes -, wird für sie mit dem Barlohn nahezu der gesamte Bruttoverdienst ausgewiesen. Bei den Monatslöhnern sind dagegen dem ausgewiesenen Bruttoverdienst die Sätze für Kost, Wohnung und Sachleistungen zuzuschlagen, wenn der Gesamt-Bruttoverdienst festgestellt werden soll.

Zum Bruttoloohn gehören

- a) tarifliche und freiwillige Leistungs-, Sozial- und sonstige Zulagen und Zuschläge, z. B.

Akkordzuschläge, Zuschläge für Über-, Sonn- und Feiertagsstunden und Nachtarbeit, Familien- und Kinderzuschläge, Treckerfahrerzulagen, Schmutzzulagen, Erntezulagen, Druschprämien

- b) Vergütungen für nicht geleistete, aber bezahlte Arbeitsstunden, z. B. für bezahlte Feiertage und Urlaub
- c) vom Arbeitgeber übernommene Lohnsteuer und Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung
- d) etwa einbehaltene Beträge für Rückzahlung von Darlehen und Vorschüsse und
- e) Beträge für abgelöste Deputate und gekaufte Naturalien, d. h. für Sachleistungen einbehaltene Lohnbestandteile.

Nicht dazu gehören: gesetzliches Kindergeld, Vorschuß, Darlehen, Nachzahlung für frühere Monate, Steuerrückzahlung, Wege-, Geschirrgeld u. ä.

In Schleswig-Holstein werden die gesetzlichen Abzüge, bestehend aus Lohn- und Kirchensteuer sowie Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung, nur für die Monatslöhner erfaßt.

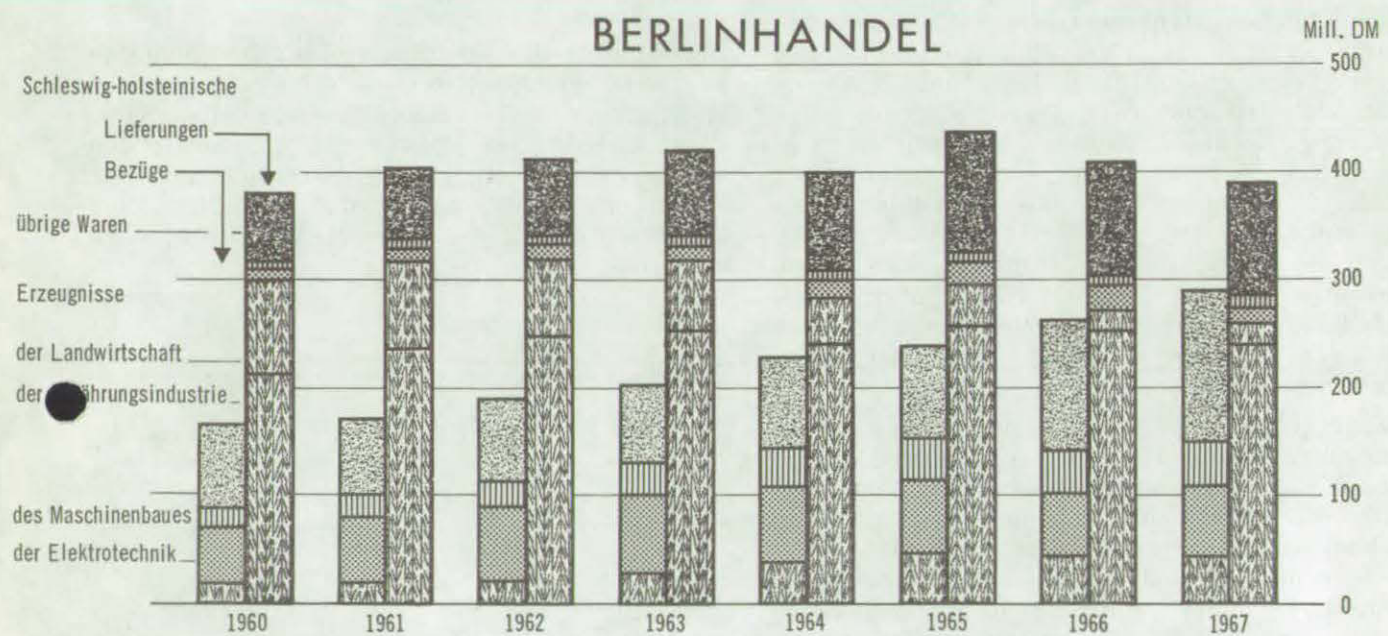
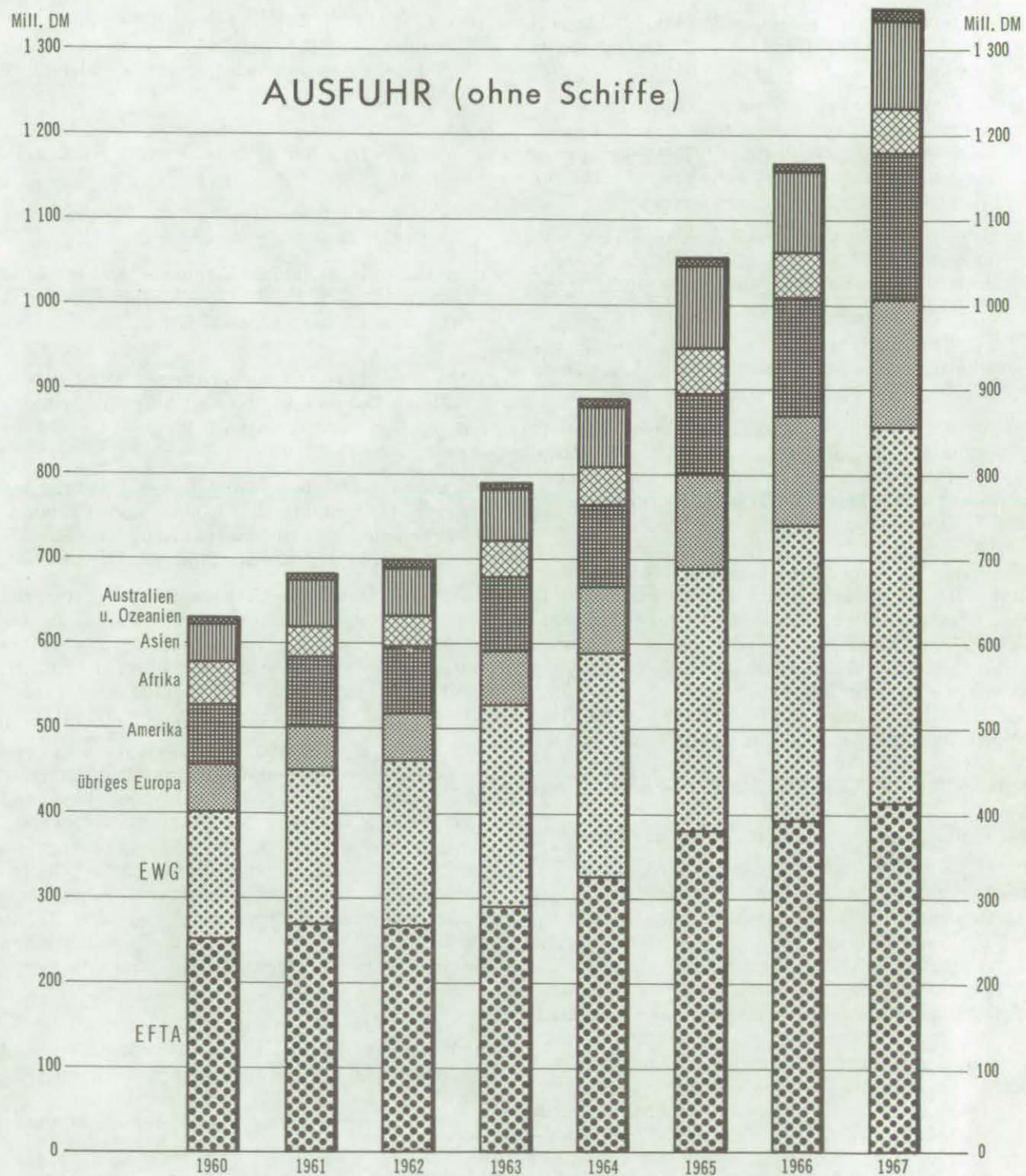
Außer der bezahlten Arbeitszeit wird für die Stundenlöhner neuerdings auch die Zahl der mit einem Zuschlag bezahlten Mehrarbeitsstunden, die darin enthalten sind, ermittelt, damit man eine von den Zufälligkeiten der Witterung unbeeinflusste Arbeitszeit erhält.

Da infolge des geringen Auswahlsatzes von ca. 10% der vollbeschäftigten familienfremden Arbeitskräfte in Schleswig-Holstein 1966 und 1967 nur 134 und 112 Monatslöhner erfaßt worden sind, können zuverlässige Angaben über Bruttobarlöhne und gesetzliche Abzüge nur für die männlichen Angelernten gemacht werden. Über die Verdienste der weiblichen angelernten Arbeiter und der männlichen Landarbeiter im Monatslohn sind fundierte Angaben nicht möglich.

Die Zahl der erfaßten Stundenlöhner - es werden nur männliche Freiarbeiter und Deputanten erfaßt - war dagegen so groß (852 und 878), daß für alle drei Arbeitergruppen stichhaltige Aussagen gemacht werden können.

Die nachgewiesenen Erfassungszahlen lassen keine Schlüsse auf das zahlenmäßige Verhältnis der Arbeitergruppen untereinander zu, sondern dienen lediglich der Unterrichtung darüber, auf wieviel Einzelangaben die Ergebnisse beruhen.

DER WARENVERKEHR SCHLESWIG-HOLSTEINS ÜBER DIE GRENZEN DER BUNDESREPUBLIK



Monatslöhner

Die männlichen, ständig beschäftigten, familienfremden Arbeitskräfte in Kost und Wohnung, d. h. die der Hausgemeinschaft ihrer Arbeitgeber angehörenden Monatslöhner mit freier Station, soweit sie über 21 Jahre alt waren, eine zweijährige Berufserfahrung aufweisen konnten und mit schwereren Arbeiten betraut waren - sie werden seit 1964 in der landwirtschaftlichen Lohnstatistik als "angelernte" Arbeiter bezeichnet -, hatten im September 1966 im Durchschnitt der Betriebe mit 20 bis unter 50 ha LN einen monatlichen Bruttobarlohn von 392 DM.

Da nur solche Monatslöhner erfaßt werden, die in der Hausgemeinschaft des Arbeitgebers leben, muß der nachgewiesene Bruttobarverdienst um den Wert für Kost und Unterkunft erhöht werden. Nach der Bekanntmachung der Oberfinanzdirektion Kiel über die Bewertung der Sachbezüge vom 16. Februar 1966 galt im Jahre 1966 für volle freie Station einschließlich Wohnung, Heizung und Beleuchtung ein monatlicher Satz von 147 DM.

Der Gesamtbruttolohn für einen Monatslöhner mit voller Kost und Wohnung belief sich also im September 1966 durchschnittlich auf 539 DM.

Nach der Lohnstrukturerhebung 1962 erhalten heute keineswegs alle Monatslöhner neben ihrem Barverdienst freie Kost und Wohnung; vielfach wird nur noch Teilverpflegung ohne Wohnung gewährt. Der den Monatslöhnern in Form von Sachleistungen, vor allem als Kost oder Wohnung, gewährte Verdienstanteil schwankt zwischen 9% und 25%, während er 1953 noch relativ gleichmäßig 40% ihres Gesamtverdienstes betrug. Der Naturallohnanteil ist bei den Frauen höher als bei den Männern, in den kleineren Betrieben höher als in den größeren.

Im September 1967 betrug der Bruttobarlohn derselben Arbeitergruppe (angelernte Monatslöhner in kleineren Betrieben) 426 DM, der Satz für Kost und Unterkunft 162 DM, der Gesamtbruttoverdienst also 588 DM. Die Steigerung des Bruttobarlohnes gegenüber September 1966 machte 8,7%, gegenüber September 1964 22,8% aus, die des Gesamtbruttoverdienstes 9,1% bzw. 25,9%.

Die gesetzlichen Abzüge, d. h. der Lohn- und Kirchensteuerabzug und der Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung, beliefen sich 1966 auf 19,1% und 1967 auf 18,9% des Gesamtbruttoverdienstes. 1964 waren es 20,8%.

In den anderen Bundesländern mit Ausnahme von Berlin, Hamburg, Bremen und Saarland hatten die männlichen angelernten Monatslöhner der höchsten tarifmäßigen Altersstufe

1967 einen durchschnittlichen Bruttobarverdienst von 378 DM, verdienten also durchschnittlich 11,3% weniger als in Schleswig-Holstein.

In den größeren Betrieben von 50 und mehr ha LN erzielten die männlichen, über 21 Jahre alten angelernten Arbeiter 1966 einen Bruttobarlohn in Höhe von 514 DM und 1967 von 523 DM im Monat. Der Gesamtbruttoverdienst betrug 661 bzw. 685 DM.

Der Bruttobarlohn lag damit 1966 31,1% (1967 = 22,8%), der Gesamtbruttoverdienst 22,6% (1967 = 16,5%) über dem entsprechenden Lohn in der kleineren Betriebsgrößenklasse. Der Verdienstunterschied zwischen den größeren und kleineren Betrieben war also beträchtlich.

In den anderen Bundesländern (ausgenommen Berlin, Hamburg, Bremen und Saarland) verdiente die gleiche Arbeitergruppe 1967 im Durchschnitt einen Bruttobarlohn von 441 DM, also 15,7% weniger als in Schleswig-Holstein. In Niedersachsen betrug der Bruttobarlohn 435 DM und in Nordrhein-Westfalen 421 DM.

Die gesetzlichen Abzüge beliefen sich 1966 in Schleswig-Holstein auf 20,6% und 1967 auf 22,3% des Gesamtbruttoverdienstes. 1964 waren es 23%.

Der Anstieg des Bruttobarlohnes von September 1966 bis September 1967 erreichte nur 1,8%, der des Gesamtbruttoverdienstes 3,6%. Diese Lohnsteigerungen waren gegenüber den kleinen Betrieben gering, erscheinen aber angesichts der Tatsache, daß im Jahre 1967 Tarifloohnerhöhungen ausgeblieben waren, verständig.

Gesamtbruttolohn der männlichen Arbeiter in der Landwirtschaft

Betriebsgrößenklasse Arbeitergruppe	Gesamtbruttolohn in DM		Zu- oder Abnahme von 1966 auf 1967 in %
	Sept. 1966	Sept. 1967	
Monatslöhner			
20 bis unter 50 ha LN Angelernte Arbeiter	539	588	+ 9
50 und mehr ha LN Angelernte Arbeiter	661	685	+ 4
Stundenlöhner (Stundenverdienst)			
50 und mehr ha LN Angelernte Arbeiter	3,04	3,12	+ 3
Landarbeiter	3,21	3,27	+ 2
Facharbeiter	3,75	3,92	+ 5
Stundenlöhner (Monatsverdienst)			
50 und mehr ha LN Angelernte Arbeiter	707	707	-
Landarbeiter	779	773	- 1
Facharbeiter	897	926	+ 3

Gegenüber 1964 stieg der monatliche Gesamtbruttoverdienst des Jahres 1966 um 17,6%, der des Jahres 1967 um 21,9%.

Der Effektivlohn der männlichen angelernten Monatslöhner lag in den kleineren Betrieben 1966 5% unter, 1967 3% über dem Tariflohn. In den größeren Betrieben übertraf er den Tariflohn 1966 um 24%, 1967 um 26%. Dabei braucht es sich nicht in vollem Umfange um übertarifliche Bezahlung zu handeln, denn in den Effektivverdiensten sind Zulagen und Zuschläge enthalten, die bei der Berechnung der durchschnittlichen Tariflöhne nicht berücksichtigt werden können.

Stundenlöhner

Von den männlichen Arbeitern im Stundenlohn, die nur in den Betrieben mit 50 und mehr ha LN erfaßt werden, erzielten die Facharbeiter 1966 einen Stundenverdienst von 3,75 DM, die Landarbeiter von 3,21 DM und die angelernten Arbeiter von 3,04 DM. Damit wurde die Arbeit der Landarbeiter um 14,4% geringer als die der Facharbeiter und die der angelernten um 5,3% geringer als die der Landarbeiter vergütet. Die Abstufung zugunsten der höher qualifizierten Arbeit betrug nach den Tariflohnsätzen 5,3% und 3,9%; die Tariflöhne standen 1966 bei 3,21, 3,04 und 2,92 DM. Die größere Staffelung der Effektivverdienste bedeutet, daß in der Praxis die qualifizierte Arbeit in der Landwirtschaft zusätzlich höher bewertet wird.

Im September 1967 bekamen die Facharbeiter einen Stundenlohn von 3,92 DM, die Landarbeiter von 3,27 DM und die Angelernten von 3,12 DM. Die Spannen zwischen den Gruppenverdiensten hatten sich gegenüber 1966 auf 16,6% und 4,6% verändert, während die Tariflohnabstände zwischen den Arbeitergruppen dieselben geblieben waren.

Gegenüber September 1966 waren die Effektivverdienste bei den Facharbeitern um 17 Pf je Stunde oder 4,5%, bei den Landarbeitern um 6 Pf oder 1,9% und bei den Angelernten um 8 Pf oder 2,6% angestiegen. Hier scheint sich die Tatsache ausgewirkt zu haben, daß 1967 keine Lohnerhöhungen tariflich vereinbart worden sind, die die Effektivlöhne hätten hochtreiben können.

Im Bundesdurchschnitt ohne Berlin, Hamburg, Bremen und Saarland verdienten die Facharbeiter 1967 3,76 DM, die Landarbeiter 3,41 DM und die Angelernten 3,21 DM je Stunde. Die Facharbeiter in Schleswig-Holstein waren also demgegenüber um 16 Pf je Stunde besser bezahlt worden, während die Landarbeiter 14 Pf und die Angelernten 9 Pf weniger bekamen.

Brutto-Stundenlöhne in Betrieben mit 50 und mehr ha LN in ausgewählten Ländern

— September 1967 —

Land	Brutto-Stundenlohn		
	Facharbeiter	Landarbeiter	Angelernte Arbeiter
in DM			
Schleswig-Holstein	3,92	3,27	3,12
Niedersachsen	3,78	3,50	3,33
Nordrhein-Westfalen	3,83	3,51	3,28
Bayern	3,43	3,21	3,02

Einen Einblick in das Verdienstgefälle zwischen den vier Ländern, deren Erfassenzahlen für aussagefähige Ergebnisse hinreichen, vermittelt die vorstehende Tabelle. Es zeigt sich auch hier, daß die Facharbeiter in Schleswig-Holstein besser als in den anderen Ländern bezahlt werden, daß aber die Stundenlöhne der Landarbeiter und Angelernten von den entsprechenden Löhnen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen übertroffen werden.

Die angelernten Stundenlöhner erzielten in Schleswig-Holstein im September 1967 einen Bruttomonatslohn von durchschnittlich 707 DM bei 227 bezahlten Stunden; das waren bei gleichem Verdienst 5 bezahlte Stunden weniger als im September 1966. Ihr Monatsverdienst lag damit um 3,2% über dem Gesamtbruttoverdienst der angelernten Monatslöhner der gleichen Betriebsgrößenklasse.

Die Landarbeiter verdienten im September 1967 773 DM bei 236 bezahlten Stunden; das sind 6 DM (0,8%) und 7 bezahlte Stunden weniger als im Vorjahr.

Bei den Facharbeitern stieg der Bruttolohn im Durchschnitt um 29 DM (3,2%) auf 926 DM bei 236 bezahlten Stunden, d. h. 3 Stunden weniger als im September 1966.

Durchschnittliche bezahlte Arbeitszeit der Stundenlöhner

	September 1966		September 1967	
	Stunden insgesamt	darunter Mehrarbeitsstunden	Stunden insgesamt	darunter Mehrarbeitsstunden
Facharbeiter	239	23	236	22
Landarbeiter	243	26	236	22
Angelernte Arbeiter	232	16	227	12

Die durchschnittliche bezahlte Arbeitszeit der im Stundenlohn beschäftigten Arbeitnehmer war im September 1967 kürzer als im September 1966. Dieser Rückgang dürfte teilweise witterungsbedingt sein, zum anderen

Teil ist er jedoch wieder auf die unterschiedliche Zahl von Mehrarbeitsstunden zurückzuführen. Bei den Normalarbeitsstunden, d. h. nach Abzug der Mehrarbeitsstunden, war der Unterschied gegenüber 1966 wesentlich geringer. Auffallend ist es, daß die Landarbeiter längere Arbeitszeiten hatten als die angelernten landwirtschaftlichen Arbeiter. Die Facharbeiter haben dagegen im September 1966 $\frac{1}{4}$ Stunden weniger als die Landarbeiter und im September 1967 nur genau so lange

gearbeitet. In Schleswig-Holstein bestätigt sich also nicht die im übrigen Bundesgebiet beobachtete Regel, daß mit der höheren Qualifikationsstufe auch die Arbeitszeiten wachsen.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft im September 1964 und 1965" in Stat. Monatsh. S.-H. 1966, S. 23 und 24 (Januar) und "Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft im September 1967" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 57 und 58 (Januar).

Bautätigkeit 1967

Teil 1

Wohnungsmarkt im Wandel

Am Wohnungsmarkt der Bundesrepublik zeichnet sich seit einiger Zeit ein deutlicher Wandel ab. Die Periode des Wiederaufbaus, in der es in erster Linie darum ging, die Wohnungsnot so schnell wie möglich zu beseitigen, geht allmählich über in eine Phase, in der die Nachfrage zum bestimmenden Marktfaktor wird. Der Nachholbedarf der letzten 2 Jahrzehnte wird mehr und mehr von einem umfangreichen Modernisierungs- und Sanierungsbedarf abgelöst werden. Dabei wird der Wohnungsbau auch als konjunktur- und raumordnungspolitisches Instrument neue Akzente erhalten.

Die Gefahr, in einer derart gewandelten Situation am tatsächlichen Bedarf "vorbeizubauen", ist ohne eine umfassende wohnungswirtschaftliche Bestandsaufnahme sehr groß und in Anbetracht der quantitativen Bedeutung der zu tätigen Investitionen unter gesamtwirtschaftlichem Aspekt unbedingt zu vermeiden. Auf diesem Hintergrund wurde die Durchführung einer umfassenden Wohnungszählung im Oktober 1968 beschlossen, die geeignet ist, schwerwiegende Lücken in der wohnungstatistischen Information - die letzte Wohnungszählung fand im Jahre 1956 statt - zu schließen. Es sei hier lediglich auf dringend erforderliche Unterlagen über spezifische Entwicklungen auf bestimmten Wohnungsteilmärkten und regional tief gegliedertes Material über Struktur und Entwicklung des Mietengefüges nach der Liberalisierung des Wohnungsmarktes verwiesen. Außerdem kann im Hinblick auf die anlaufenden Sanierungsprogramme auf detaillierte Information über die Qualität des örtlichen Wohnungsbestandes nicht verzichtet werden.

Solche Angaben sind jedoch - teils aus methodischen, teils aus aufbereitungstechni-

schen Gründen - aus der laufenden Bautätigkeitsstatistik nicht zu erhalten, auch wenn sie durch - in mehrjährigen Abständen durchgeführte - Wohnungsstichproben ergänzt wird. Auf dieses Thema wird bei den Ausführungen über die sogenannte Versorgungsquote (auf die Wohnbevölkerung bezogener Bestand an Wohnungen) und ihre Veränderungen noch zurückzukommen sein.

Baugenehmigungen - Baufertigstellungen

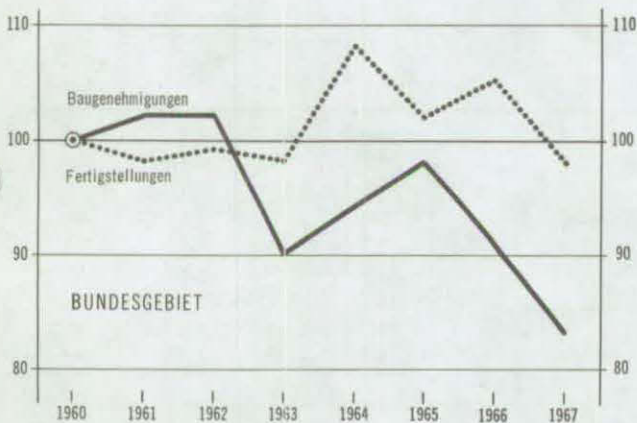
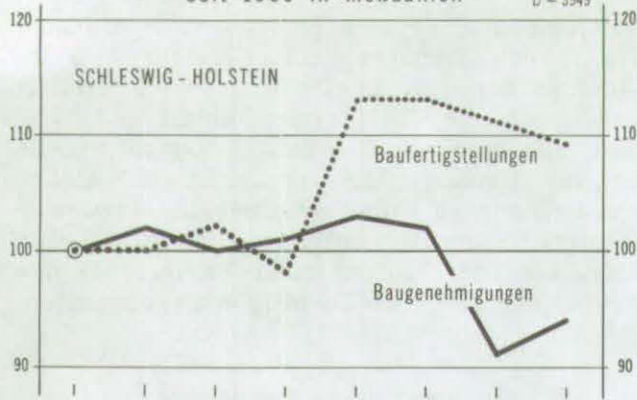
Alle Angaben über genehmigte und fertiggestellte Wohnungen beziehen sich im folgenden - sofern nichts anderes vermerkt ist - nur auf Wohnbauten und hier wiederum nur auf die Errichtung neuer Gebäude. Nicht enthalten sind also Wohnungen, die in Nichtwohnbauten oder durch sonstige Baumaßnahmen in Wohnbauten gewonnen oder genehmigt wurden.

Das Ende der Wiederaufbauphase hat sich bei den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik in einem allmählichen Rückgang der Zahl der zum Bau genehmigten und - mit einer gewissen zeitlichen Verschiebung - auch der fertiggestellten Wohnungen niedergeschlagen. Dieser Trend war immer wieder von konjunkturellen Einflüssen überlagert, die sich insbesondere im Rückgang der Baugenehmigungen seit Einsetzen der Rezession niederschlugen.

Im Gegensatz zu den besonders konjunktur reagiblen Baugenehmigungen folgen die Baufertigstellungen dem Konjunkturverlauf erst mit einem zeitlichen Abstand; so übertrafen die fertiggestellten Wohnungen des Jahres 1966 im Bundesgebiet noch das Vorjahresergebnis, während der scharfe Rückgang der Genehmigungen bereits die nachlassende wirtschaftliche Aktivität widerspiegelte.

Dabei ist zu beachten, daß der Rückgang der Baugenehmigungen 1967 gegenüber dem Vor-

Genehmigte und fertiggestellte Wohnungen seit 1960 in Meßzahlen



jahr noch stärker ausgefallen wäre, wenn nicht die Bundesregierung durch das 2. Konjunkturprogramm vom Spätsommer 1967 stützend eingegriffen hätte.

Diese Maßnahmen ermöglichten im 4. Quartal 1967 eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus und wirkten sich stimulierend auf den Umfang von Sanierungsmaßnahmen im Altbau aus.

Die Ausführungen über den Trend der Entwicklung der Baugenehmigungen und Fertigstellungen in den letzten Jahren gelten grundsätzlich für das Bundesgebiet wie für Schleswig-Holstein. Zu erwähnen sind jedoch einige zeitliche Verschiebungen. So erreichten die zum Bau genehmigten Wohnungen ihr Maximum im Bundesgebiet bereits 1961, während dies in Schleswig-Holstein erst 1964 der Fall war. Die Baufertigstellungen, die sich aus dem Genehmigungsvolumen der Vorjahre rekrutieren, hielten sich u. a. aus diesem Grunde in Schleswig-Holstein noch 1967 auf einem relativ hohen Niveau.

In der Tatsache, daß Schleswig-Holstein relativ schwach von der allgemeinen Rezession betroffen war, dürfte der wesentliche Grund dafür zu suchen sein, daß die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen in Schleswig-

Holstein während des vergangenen Jahres sogar noch über dem Vorjahresergebnis lag, während im Bundesgebiet der prozentuale Rückgang der genehmigten Wohnungen fast 9% betrug. Nur 1963 war das "Genehmigungsvolumen" im Vergleich mit dem Vorjahr noch stärker zurückgegangen.

Zu den Ergebnissen der Statistik der Baugenehmigungen und der Baufertigstellungen sind noch einige interessante Einzelergebnisse für Schleswig-Holstein zu vermerken.

Baugenehmigungen

Wie bereits erwähnt, war 1967 Schleswig-Holstein neben Westberlin das einzige Bundesland, in dem die zum Bau genehmigten Wohnungen noch eine Zunahme zu verzeichnen hatten. In Anbetracht einer gleichzeitigen Abnahme der genehmigten Wohngebäude um 12% war eine solche Entwicklung nur möglich durch eine kräftige Verschiebung in Richtung auf ein höheres Gewicht der Mehrfamilienhäuser. Die durchschnittliche Zahl der Wohnungen je Wohngebäude erhöhte sich dabei von 2,1 im Jahre 1966 auf 2,5. Da nun erfahrungsgemäß Wohnungen in Mehrfamilienhäusern im Durchschnitt sowohl kleiner als auch - auf den qm Bruttowohnfläche bezogen - billiger sind als Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern, kann es nicht überraschen, daß erstmals der langfristige Trend zur größeren Wohnung unterbrochen wurde und auch die veranschlagten reinen Baukosten¹ je Wohnung erstmals rückläufig waren. Daß dieser Rückgang der veranschlagten reinen Baukosten "echt" ist, also nicht ausschließlich auf eine verringerte durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung zurückgeht, beweist die Tatsache, daß auch bei den veranschlagten

Erteilte Baugenehmigungen für Wohngebäude seit 1964

Jahr	Wohngebäude Anzahl	Um- bauer Raum 1000 cbm	Wohn- ungen Anzahl	Brutto-	Veranschlagte	
				wohn- fläche je Wohn- ung qm	je Wohn- ung DM	je qm Wohn- fläche DM
1964	12 128	10 751	27 470	72	37 112	512
1965	13 194	11 211	27 152	76	42 216	557
1966	11 393	10 065	24 250	77	44 590	580
1967	10 011	10 108	24 837	76	43 735	579
1968 1. Hj.	4 286	4 220	10 470	76	45 740	604

1) Es handelt sich in der Statistik der Baugenehmigungen um die veranschlagten reinen Baukosten (Kosten der Gebäude) zum Zeitpunkt der Baugenehmigung, die nicht unbedingt identisch sein müssen mit den tatsächlichen Baukosten zum Zeitpunkt der Fertigstellung

reinen Baukosten je cbm umbauten Raumes und je qm Bruttowohnfläche erstmals keine Steigerung mehr zu verzeichnen war. Die auf 1967 nicht mehr angestiegenen veranschlagten reinen Baukosten je Quadratmeter Bruttowohnfläche lassen einen Rückschluß auf die Preissituation am Baumarkt während des vergangenen Jahres zu. Man darf realistischerweise unterstellen, daß sich auch bei den 1967 zum Bau genehmigten Wohnungen der Trend zu einer besseren Ausstattung fortgesetzt hat. Dann sind aber qualitativ bessere Wohnungen als 1966 zu gleichen Quadratmeterpreisen kalkuliert worden. Die Preisentwicklung, die nur durch einen Vergleich qualitativ gleicher Bauleistungen unverfälscht dargestellt werden kann, muß also - durch die Marktlage bedingt - rückläufig gewesen sein. Eine solche von Qualitätsänderungen bereinigte Preisbeobachtung gestattet jedoch nur der Preisindex für Wohngebäude, der für das Bundesgebiet berechnet wird.

Veränderung des Preisniveaus im Wohnungsbau
(Bauleistungen am Gebäude)
gegenüber dem Vorjahr in %

1961:	+ 7,6	1965:	+ 4,2
1962:	+ 8,3	1966:	+ 3,4
1963:	+ 5,2	1967:	- 2,2
1964:	+ 4,6		

Der für die Preisentwicklung der veranschlagten reinen Baukosten relevante Teilindex ist der der Bauleistungen am Gebäude, der wie die veranschlagten reinen Baukosten keine Baunebenkosten, Grundstücks- und Erschließungskosten beinhaltet. Dieser Index zeigt für das Bundesgebiet tatsächlich erstmals einen Preisrückgang (um 2,2%) an.

Die Unterbrechung des Trends zur größeren Wohnung kann im Zusammenhang damit gesehen werden, daß der private Bauherr 1967 während des konjunkturellen Abschwungs seine Baupläne offensichtlich zum Teil zeitlich zurückstellte. Der Anteil privater Bauherren am gesamten Genehmigungsvolumen der Wohnungen ging 1967 auf 33% zurück, während er

Anteile der Bauherrngruppen
am Genehmigungsvolumen in %

	1963	1964	1965	1966	1967	1968 1. Hl.
Öffentliche Bauherren ¹	5,5	5,1	4,4	2,8	1,8	4,1
Unternehmen ²	53,0	55,6	54,2	55,5	65,2	55,1
Private Haushalte	41,5	39,3	41,4	41,8	33,0	40,7

1) einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter

2) gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen, freie Wohnungsunternehmen sowie sonstige Unternehmen

in den Jahren davor meist über 40% betragen hatte.²

Der unternehmerische Wohnungsbau dagegen, der in den Vorjahren mit ungefähr 55% am Volumen der genehmigten Wohnungen beteiligt war, steigerte 1967 seinen Anteil auf 65%. Diese Bauherrngruppe baut jedoch in erheblichem Umfang Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern, die - wie bereits erwähnt - kleinere durchschnittliche Wohnungsgrößen aufweisen und insofern einer Fortsetzung des Trends zur größeren Wohnung entgegenwirkten.

Bauherrngruppe und Wohnungsgröße

		Wohnungen	Wohnungen je Gebäude	Brutto- wohnfläche je Wohnung in qm
Öffentliche Bauherren ¹	1966	672	4,7	55
	1967	446	4,3	56
	1. Hl. 1968	434	4,4	70
Unternehmen ²	1966	13 452	3,5	69
	1967	16 189	4,2	67
	1. Hl. 1968	5 773	4,9	64
Private Haushalte	1966	10 126	1,4	90
	1967	8 202	1,3	93
	1. Hl. 1968	4 263	1,4	92

1) einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter

2) gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen, freie Wohnungsunternehmen sowie sonstige Unternehmen

So betrug die durchschnittliche Anzahl von Wohnungen in zum Bau genehmigten Wohngebäuden 1967 über 4,2 und die Bruttowohnfläche je Wohnung 67 qm im unternehmerischen Wohnungsbau gegenüber 1,3 Wohnungen und 93 qm Wohnfläche bei privaten Bauherren. Die reinen Baukosten je qm Bruttowohnfläche wurden 1967 im unternehmerischen Wohnungsbau auf 527 DM und auf 653 DM im privaten Wohnungsbau veranschlagt.

Wachsende Bedeutung des Fertigteilbaus³

Seit 1965 wird der steigenden Bedeutung des Bauens mit Hilfe vorgefertigter Bauteile in der amtlichen Statistik Rechnung getragen. Die in Fertigteilbauweise geplanten Gebäude und Wohnungen werden innerhalb der Statistik der Baugenehmigungen gesondert erfaßt.

Zunächst ist festzuhalten, daß sich für Schleswig-Holstein nicht, wie im Bundesgebiet,

2) Im 1. Halbjahr 1968 erreichte der Anteil der privaten Bauherren wieder 41 % aller genehmigten Wohnungen, die im übrigen um fast 15 % hinter dem Genehmigungsvolumen des Vorjahreszeitraumes zurückblieben

3) Hierzu zählen alle Gebäude, bei denen geschoßhohe oder raumbreite Tafeln für Außen- oder Innenwände Verwendung finden

Erteilte Baugenehmigungen für Wohnbauten im Fertigteilbau 1965 - 1967

Merkmal		Fertigteilbau zusammen		davon			
				Wohngebäude mit 1 und 2 Wohnungen		Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	
		Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet
Wohnungen	1965	1 184	21 203	559	6 948	625	14 255
	% ¹	4,4	3,7	47,2	32,8	52,8	67,2
	1966	2 777	24 539	1 498	9 093	1 279	15 446
	% ¹	11,5	4,7	53,9	37,1	46,1	62,9
	1967	2 302	30 296	1 240	7 964	1 062	22 332
	% ¹	9,3	6,3	53,9	26,3	46,1	73,7
1967							
Wohnungen je Gebäude		1,9	3,7	1,1	1,1	20,0	19,4
Wohnfläche je Wohnung in qm		82	76	97	101	64	68
Veranschlagte reine Baukosten je Wohnung		50 049	45 252	63 473	69 557	34 374	36 585
Veranschlagte reine Baukosten je qm Wohnfläche		609	592	652	690	534	541

1) in Sp. 1 und 2: Anteil an allen Wohnbauten; in Sp. 3 bis 6: Anteil am Fertigteilbau

eine stetig wachsende absolute wie relative Bedeutung des Fertigteilbaus während des erfaßten Zeitraums nachweisen läßt. Während der Anteil dieser Bauweise am Gesamtvolumen der genehmigten Wohnungen im Bundesgebiet von 3,7% 1965 über 4,7% 1966 auf 6,3% im vergangenen Jahr anstieg, erreichten die in Fertigteilbauweise geplanten und genehmigten Wohnungen in Schleswig-Holstein bereits 1966 mit einem Anteil von 11,5% ihren vorläufigen Höhepunkt und gingen 1967 auf 9,3% zurück. Zum anderen dominierte im Bundesgebiet von vornherein der Anteil der in Mehrfamilienhäusern genehmigten Wohnungen. Er machte 1965 67% aus und stieg 1967 sogar auf knapp 74% an. In Schleswig-Holstein dagegen nimmt sich dieser Anteil mit 46% im Jahr 1967 relativ bescheiden aus. Das Korrelat für diese Zahlen ist der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, der 1967 in Schleswig-Holstein 54% ausmachte, wobei es sich bei einem Durchschnitt von 1,1 Wohnungen je Gebäude fast ausschließlich um Einfamilienhäuser gehandelt hat.

Bei den Fertigteilbauten in Mehrfamilienhäusern sollen in Schleswig-Holstein wie im Bundesgebiet zu einem erheblichen Teil Hochhäuser entstehen; die durchschnittliche Anzahl von Wohnungen je Gebäude beträgt nämlich bei den Genehmigungen des Jahres 1967 im Bundesgebiet 19 und in Schleswig-Holstein 20.

Aus dem angesprochenen, in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet sehr verschiedenen Anteil der Mehrfamilienhäuser im Fertigteilbau erklären sich auch im wesentlichen die zum Teil erheblichen Differenzen in den Baukosten je qm Wohnfläche im Vergleich zwischen Fertigteilbau und gesamtem

Wohnbau. Im Bundesgebiet wurde der Quadratmeter Bruttowohnfläche bei allen Wohnbauten mit 622 DM, im Fertigteilbau mit 592 DM veranschlagt, während in Schleswig-Holstein die Verhältnisse mit 579 DM beim gesamten Wohnbau und 609 DM im Fertigteilbau genau umgekehrt liegen. Aus diesen Daten darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, im Bundesdurchschnitt würde im Fertigteilbau billiger gebaut als im traditionellen Wohnbau, oder in Schleswig-Holstein wäre es gerade umgekehrt. Es kommt entscheidend auf den Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern an, in denen im gesamten Wohnungsbau wie im Fertigteilbau die veranschlagten Kosten je qm Wohnfläche erheblich niedriger liegen als in Ein- und Zweifamilienhäusern. Im Bundesgebiet ist es im wesentlichen der erwähnte hohe Anteil der Mehrfamilienhäuser, der die Kosten je qm unter das Niveau des gesamten Wohnbaus drückt, in dem dieser Anteil nicht so hoch ist. Entsprechendes gilt - allerdings mit umgekehrten Vorzeichen - für Schleswig-Holstein. Ein Blick auf die Tabelle Fertigteilbau bestätigt diese Vermutung. In Schleswig-Holstein wie im Bundesgebiet stellen sich die veranschlagten reinen Baukosten je qm Wohnfläche im Mehrfamilienfertigteilbau 1967 mit 534 und 541 DM je qm erheblich niedriger als im Fertigteilbau insgesamt und im gesamten Wohnbau.

Die Baukosten je Wohnung in Ein- und Zweifamilienfertigteilhäusern in Schleswig-Holstein lagen 1966 erheblich tiefer als 1965 und 1967. Dies erklärt sich durch die in diesem Jahr wesentlich kleinere Wohnungsgröße, die wiederum mit dem in diesem Jahr größeren Anteil der Zweifamilienhäuser zusammenhängt. Die durchschnittliche Anzahl der Wohnungen

je Ein- und Zweifamilienhaus im Fertigteilbau lag mit 1,4 erheblich höher als 1965 und 1967 (1,1).

Baufertigstellungen

Die im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein im Wohnbau fertiggestellten 25 475 Wohnungen bedeuten gegenüber dem Fertigstellungsergebnis 1966 einen leichten Rückgang. Dabei ist jedoch zu beachten, daß es sich bei der genannten Zahl ausschließlich um Wohnungen handelt, die durch Errichtung neuer Gebäude im Wohnbau entstanden sind. Werden die durch sonstige Baumaßnahmen im Wohnbau und die im Nichtwohnbau gewonnenen Wohnungen mit in den Vergleich einbezogen, so übertrifft das Fertigstellungsergebnis 1967 mit 28 694 Wohnungen die Leistung des Vorjahres um 0,3%. Die Wohnfläche der 1967 fertiggestellten Wohnungen hat sich - im Gegensatz zu den gleichzeitig zum Bau genehmigten - noch von 74 qm (1966) auf 77 qm erhöht.

Weiter zurückgegangen ist im vergangenen Jahr - wie in allen anderen Bundesländern außer Bremen - der Anteil der öffentlich geförderten Sozialwohnungen am Fertigstellungsergebnis. Die in diesem Rahmen 1967 in Schleswig-Holstein fertiggestellten 10 326 Wohnungen machten einen Anteil von 36% am gesamten Fertigstellungsergebnis aus; 1966 waren es noch 43% gewesen.

Der Anteil des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus an den fertiggestellten Wohnungen 1960 - 1967 in %

- voll- und teilgeförderte Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau für alle Baumaßnahmen -

1960:	51	1964:	50
1961:	51	1965:	47
1962:	48	1966:	43
1963:	46	1967:	36

Nordrhein-Westfalen war 1967 der einzige Flächenstaat, in dem dieser Anteil noch

Anteil des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus - voll- und teilgeförderte Baumaßnahmen - an allen fertiggestellten Wohnungen

Land	1966	1967
Schleswig-Holstein	43	36
Niedersachsen	25	14
Nordrhein-Westfalen	51	50
Hessen	27	22
Rheinland-Pfalz	19	17
Baden-Württemberg	19	14
Bayern	21	20
Saarland	35	19
Bundesgebiet	34	31

50% betrug. Die Tabelle zeigt diese Entwicklung im Ländervergleich.

Weiter verbessert hat sich die Ausstattung der Neubauten; Während 1963 nur knapp 61% aller fertiggestellten Wohnungen sowohl Zentralheizung als auch Bad aufzuweisen hatten, stieg dieser Anteil kontinuierlich auf 90% im vergangenen Jahr an. Bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, die - wie die Tabelle zeigt - generell besser ausgestattet sind, erreichte dieser Anteil 1967 sogar 94%.

Die lediglich mit Ofenheizung ausgestatteten Neubauten nahmen im gleichen Zeitraum von knapp 39% auf 9% ab. Während 1963 immerhin noch in jeder dreißigsten Neubauwohnung ein Bad fehlte, trifft dies bei 1967 erbauten Wohnungen nur noch für jede sechzigste Wohnung zu.

Noch ausgeprägter als im gesamten Wohnungsbau zeigt sich der Trend zur verbesserten Ausstattung im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Noch 1963 war mit über 53% die überwiegende Beheizungsart in neu erbauten Sozialwohnungen die Ofenheizung, 1967 war dieser Anteil auf 12% zusammengeschrumpft. Heute kann - im Gegensatz zum

Ausstattung der Wohnungen in Wohngebäuden

Jahr der Baufertigstellung	Van 100 Wohnungen hatten ...								
	Zentralheizung und Bad			Ofenheizung und Bad			kein Bad		
	insgesamt	in Mehrfamilienhäusern	im sozialen Wohnbau	insgesamt	in Mehrfamilienhäusern	im sozialen Wohnbau	insgesamt	in Mehrfamilienhäusern	im sozialen Wohnbau
1963	61	62	46	36	35	51	3	3	3
1964	65	65	52	31	31	44	4	4	4
1965	73	72	61	24	24	35	4	4	4
1966	83	87	78	14	11	20	3	3	2
1967	90	94	87	8	4	12	2	2	1

Jahre 1963 - nicht mehr davon die Rede sein, daß der Wohnungsstandard im sozialen Wohnungsbau wesentlich hinter dem freifinanzierter Neubauwohnungen zurückbliebe. Fast 87% der 1967 erbauten öffentlich geförderten Wohnungen waren sowohl mit Zentralheizung als auch mit Bad ausgestattet.

Im gesamten wie im öffentlich geförderten Wohnungsbau differiert die Ausstattung bei den verschiedenen Bauherrengruppen erheblich. Die beste Ausstattung bot hier wie dort 1967 der unternehmerische Wohnungsbau, dessen Wohnungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau zu fast 93% Zentralheizung und Bad aufzuweisen hatten. Demgegenüber blieb der Wohnungsstandard in der Bauherrengruppe private Haushalte im gesamten Wohnungsbau mit gut 87% dieser Wohnungen nur wenig, im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau mit 75% jedoch erheblich zurück. Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter boten auch

1967 die einfachste Ausstattung an: In fast 16% der von ihnen erbauten Wohnungen fehlte ein Bad; bei den von dieser Bauherrengruppe im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus erbauten Wohnungen gab es über 9% Wohnungen, denen dieses wichtige Ausstattungsmerkmal fehlte, die auf der anderen Seite jedoch sämtlich mit Zentralheizung ausgestattet waren. Bei diesen Wohnungen dürfte es sich fast ausschließlich um Einraumwohnungen in größeren Gebäuden gehandelt haben, bei denen sich eine Gemeinschaftsbadeeinrichtung auf der Etage oder im Keller befindet. In der Statistik werden jedoch nur solche als Wohnungen mit Bad angesehen, bei denen ein Bade- oder Duschaum in der Wohnung bauplanmäßig vorgesehen ist.

Dieser Beitrag wird fortgesetzt.

Dipl.-Volksw. Günter Kornetzky

Vergleiche auch: "Die Boufertstellungen im Jahre 1966" in Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 236 (Oktober).

Kurzberichte

Wahlberechtigte 1969

Im Herbst 1969 wird der nächste Deutsche Bundestag gewählt. Die Wählerverzeichnisse in Schleswig-Holstein werden dann voraussichtlich über 1,73 Mill. Wahlberechtigte im Alter von über 21 Jahren ausweisen, rund 50 000 - das sind 3% - mehr als bei der Bundestagswahl 1965. Auch 1969 wird es, wie bei allen Nachkriegswahlen, mehr wahlberechtigte Frauen (54%) als Männer (46%) geben.

Eine Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten Schleswig-Holsteins zwischen 1965 und 1969 um 3% mag geringfügig erscheinen und nicht allzu große Bedeutung haben. Diese Globalzahlen überdecken jedoch bemerkenswerte Veränderungen in der Struktur der Wahlberechtigten. Hinter der Zunahme von 50 000 Wahlberechtigten verbirgt sich nämlich eine Bewegung von schätzungsweise 648 000 Wahlberechtigten, und zwar 349 000 Zugänge in den schleswig-holsteinischen Wählerverzeichnissen und 299 000 Streichungen. Das bedeutet, daß 1969 jeder Fünfte der 1,73 Mill. Wahlberechtigten zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl in Schleswig-Holstein wahlberechtigt sein wird. 1969 werden somit zu einem nicht geringen Teil andere Menschen zum Kreis der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein gehören

als 1965. Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung können aber Veränderungen im Wahlerfolg für die Parteien und Kandidaten nach sich ziehen. Es ist bekannt, daß es Parteien und Kandidaten gibt, die einzelne Bevölkerungsteile, z. B. junge Männer, ältere Frauen, besonders stark ansprechen. Außerdem gibt es Bevölkerungsgruppen, die bei jeder Wahl durch eine extrem niedrige - bisher waren es die jüngsten Wähler - oder hohe Wahlbeteiligung - das galt 1965 für die 50- bis 70jährigen Männer - auffallen.

Nicht alle Wahlberechtigten, die 1965 in Schleswig-Holstein in den Wählerverzeichnissen eingetragen waren, werden dort auch noch 1969 zu finden sein. Nach der vorliegenden Berechnung werden bis zum nächsten Wahltermin 113 000 Wahlberechtigte verstorben und schätzungsweise 186 000 aus Schleswig-Holstein fortgezogen sein. Von den 1965 in Schleswig-Holstein vorhandenen Wahlberechtigten werden also 1969 etwa 18% nicht mehr in Schleswig-Holstein wählen können. Andererseits werden bis zur nächsten Bundestagswahl ungefähr 216 000 Wahlberechtigte nach Schleswig-Holstein zugezogen sein, die bereits 1965 über 21 Jahre alt und wahlberechtigt waren. Sie sind in den Jahren 1965 bis 1969 aus einem anderen Bundesland nach Schleswig-Holstein gekommen. Welche Bevölkerungsgruppen stek-

ken nun hinter diesen Verstorbenen, Fortgezogenen und Zugezogenen? Von den Verstorbenen kann behauptet werden, daß sie überwiegend vor dem ersten Weltkrieg und um die Jahrhundertwende geboren worden sind. Von den Menschen also, deren Weltanschauung sich auf Grund der Epoche, in der sie jung waren, bisher auf besondere Weise in den Wahlergebnissen niedergeschlagen haben dürfte, wird es 1969 weniger Wahlberechtigte als 1965 geben. Bei den Fort- und Zugezogenen handelt es sich um ganz andere Bevölkerungsgruppen. Die Einwohner mit der größten Mobilität sind erwartungsgemäß jüngere Menschen, vor allem die 18- bis 30jährigen. Im Zeitraum 1965/1969 wird Schleswig-Holstein einen Wanderungsgewinn von ungefähr 30 000 Wahlberechtigten haben, die bereits 1965 wählen durften. In diesem Zusammenhang ist besonders der hohe Wanderungsgewinn gegenüber Hamburg zu beachten. Der lebhafte Bevölkerungsaustausch zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein berührt vorwiegend die schleswig-holsteinischen Kreise im Raum um Hamburg und kann möglicherweise Einfluß auf die Wahlergebnisse der hamburgnahen Wahlkreise haben.

Besondere Bedeutung kommt den jungen Menschen zu, die 1969 zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl zur Wahlurne gehen dürfen. 1969 wird es in Schleswig-Holstein voraussichtlich 132 000 Erstwähler geben. Bei den jungen Wahlberechtigten wird die Zahl der Männer überwiegen: 56% Männer und 44% Frauen. Die Zahl der Erstwähler wird aber kleiner sein als bei der Bundestagswahl 1965; damals sind es 155 000 gewesen. Die jungen Menschen, die 1969 erstmalig für den Bundestag wählen dürfen, wurden um Kriegsende und in den ersten Nachkriegsjahren geboren. Diese Geburtsjahrgänge sind schwächer besetzt als die Geburtsjahrgänge, zu denen die Erstwähler 1965 zählten.

Wenn man das Wahlalter, wie es in letzter Zeit angeregt und diskutiert wurde, auf 18 Jahre herabsetzte, so würde die Zahl der Erstwähler 1969 um nicht ganz 100 000 Wahl-

berechtigte zunehmen und etwa 231 000 betragen. Insgesamt würden dann die schleswig-holsteinischen Wählerverzeichnisse nicht 1,73 Mill. Wahlberechtigte ausweisen, sondern 1,83 Mill. Die Struktur der Wahlberechtigten würde sich dadurch weiter zu Gunsten der jungen Wähler verschieben:

	Wahlberechtigte	
	21 Jahre	18 Jahre
	und älter	
Erstwähler	8 %	13 %
Übrige Wahlberechtigte	92 %	87 %

Am Rande sei noch folgende Frage gestellt: Wie viele Wahlberechtigte der Bundestagswahl 1969 mögen bereits 1945 über 21 Jahre alt gewesen sein und somit das Kriegsende bewußt miterlebt haben? Es konnte errechnet werden, daß die Hälfte der Wahlberechtigten der Bundestagswahl 1969 damals schon das 21. Lebensjahr vollendet hatte. Greift man noch weiter zurück und fragt, wie viele dieser Wahlberechtigten bereits 1933 wählen durften, so läßt sich feststellen, daß heute nur noch jeder dritte Wähler aus eigener Vorstellung wissen kann, was damals geschah.

Die vorstehenden Ergebnisse beziehen sich auf die Wahlberechtigten im Land Schleswig-Holstein insgesamt. Sie sagen nichts aus über die Unterschiede in den einzelnen Wahlkreisen. Für derartige Einzeluntersuchungen reicht das statistische Grundmaterial im Augenblick nicht aus, und zwar auch nicht für diejenigen Wahlkreise, die annähernd mit den administrativen Kreisen übereinstimmen. Hauptsächlich fehlt die Altersstruktur der Bevölkerung in den Kreisen die nur aus der Volkszählung 1961 vorliegt. Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur sind jedoch in den letzten Jahren so groß gewesen, daß das damals gewonnene Material für eine Berechnung der Wahlberechtigten auf der Basis der Wahlkreise nicht mehr brauchbar ist.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 20. Jahrgang . Heft 10 . Oktober 1968

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 487	2 489	2 492	2 495	2 512
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 687	1 925	1 904	2 753	2 207	1 584
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,1	9,4	9,0	13,0	10,4	7,7
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 779	3 901	3 775	3 766	3 941	3 699
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,2	19,1	17,9	17,8	18,5	17,9
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 463	2 333	2 319	2 303	2 654	2 536
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	11,9	11,4	11,0	10,9	12,5	12,3
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	71	71	64	76	69	78
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	18,7	18,2	17,0	20,2	17,5	21,1
*Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 316	1 568	1 456	1 463	1 287	1 163
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,3	7,7	6,9	6,9	6,0	5,6
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 406	7 486	7 978	7 192	8 845
*Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 455	5 445	6 226	6 094	5 556
*Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	951	2 041	1 752	1 098	3 289
*Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	10 608	9 204	10 305	10 353	8 984
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	24 469	22 135	24 509	23 639	23 385
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	169	153	165	161	152
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	50	22	17	15	15	13	10	9	8
darunter *Männer	1 000	31	16	12	11	10	9	7	6	5
Offene Stellen	1 000	5	10	12	11	11	15	16	16	16
darunter für Männer	1 000	3	4	5	5	5	6	7	8	8
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 395 ^a	1 500	.	.	.	1 500	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	513 ^a	501	.	.	.	504	.	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 752 ^a	1 731	.	.	.	1 718	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	180 ^a	188	.	.	.	178	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	111 ^a	121	.	.	.	109	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	29	21	24	35	24	21	29	33
*Kälber	1 000 St.	5	4	4	3	3	4	3	3	3
*Schweine	1 000 St.	81	167	154	167	161	179	161	173	180
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	3	3	3	6	3	3	2
*Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	20,8	18,5	19,8	22,2	21,2	19,0	21,8	23,4
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,7	4,9	5,3	7,8	5,7	4,8	6,5	7,3
*Schweine	1 000 t	5,9	13,8	13,3	14,3	14,1	15,3	13,9	15,0	15,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	235	232	227	223	233	236	230	226
Kälber	kg	49	58	65	61	57	57	60	58	61
Schweine	kg	89	89	88	87	89	88	88	88	89
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	178	223	199	161	251	223	202	165
darunter *an Molkereien geliefert	%	87	90	93	93	92	93	93	93	92
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	14,5	12,5	10,2	15,8	14,5	12,7	10,4

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1967/68 = 18

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt			Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	164	171	170	170	172	172	173	175	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	132	131	131	132	132	132	134	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	21 114	21 396	19 991	19 951	22 290	20 141	21 261	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	102,5	105,8	103,8	109,7	112,2	111,8	119,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	43,7	43,5	43,6	43,4	46,9	49,1	49,6	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	43	41	41	38	45	41	43	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	10 901	11 818	12 128	12 216	12 696	11 874	11 923	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	79	68	68	71	78	72	74	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	128	122	125	125	137	128	133	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	40	35	38	38	37	41	39	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	813	856	783	739	939	853	933	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	107	155	87	81	152	95	150	...
Produktionsindex	1958=100	100	143	145	137	127	160	163	144	...
Steine und Erden		100	160	187	182	187	193	206	189	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	117	120	113	94	142	147	105	...
Schnittholz und Sperrholz		100	90	92	87	86	103	116	94	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	134	142	133	145	161	144	...
Gummi- und Asbestwaren		100	190	217	194	140	298	288	255	...
Wasserfahrzeuge		100	91	91	86	74	102	82	79	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	136	135	119	106	136	162	127	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	145	136	123	133	164	191	156	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	189	202	145	158	182	195	156	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	177	180	174	161	155	172	148	...
Leder		100	16	14	11	11	7	8	5	...
Schuhe		100	82	72	80	87	72	43	89	...
Textilien		100	82	94	76	54	102	137	93	...
Bekleidung		100	110	81	106	103	131	91	93	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	192	183	157	160	206	191	186	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	150	121	99	125	148	140	103	...
Milcherzeugnisse		100	149	180	153	115	239	225	160	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	150	157	155	149	163	161	159	...
Handwerk (Meßziffern) ¹²⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	97	96	.	.	.	98	.	.
*Umsatz	Vj. -D 1962=100	.	125	120	.	.	.	115	.	.
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	.	129	123	.	.	.	116	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	156	124	130	124	155	133	130	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	322	285	290	304	333	295	324	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	24	18	16	17	18	13	13	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie

8) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

9) einschließlich Lehrlingstunden

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle

11) ohne Umsatz

12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)		55 228	60 744	61 515	62 132	63 114	61 569	61 614	62 413	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	8 644	9 874	9 359	9 660	9 880	9 282	9 787	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 930	4 468	4 175	4 217	4 330	4 056	4 129	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 295	3 722	3 606	3 885	3 923	3 691	4 046	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	46,8	52,8	51,1	53,8	58,2	55,2	58,4	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,3	4,3	4,5	4,7	4,9	4,9	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	152,9	164,7	160,8	167,8	86,2	138,5	114,4	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	834	975	807	1 197	890	897	1 100	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	148	199	171	197	205	225	208	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	126,1	155,2	131,4	158,4	135,9	163,5	152,8	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,5	110,0	88,9	117,3	100,2	113,4	112,2	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 279	1 612	1 379	1 660	1 402	1 864	1 594	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	842	1 025	879	1 094	857	999	1 014	...
*Wohnungen		2 109	2 321	2 803	2 252	2 900	2 508	2 563	2 763	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 070	2 505	1 976	2 639	2 311	2 391	2 609	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 391	1 401	1 798	1 330	1 392	1 463	1 486	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 512	6 043	7 850	5 759	5 734	5 511	6 088	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	850	756	542	515	1 340	1 078	1 073	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 064	1 599	911	521	1 571	1 346	1 063	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	24 194	22 041	22 470	27 434	26 973	19 457	23 779	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	32 465	31 992	25 651	31 001	32 842	30 326	33 683	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	128,4	140,3	105,6	103,7	213,6	107,6	189,3	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	13,0	13,7	9,0	10,0	11,0	11,4	12,2	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	115,4	126,6	96,6	93,7	202,5	96,2	177,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,8	3,5	3,4	3,6	3,9	3,1	3,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	10,1	9,6	10,5	7,8	8,6	13,1	10,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	101,5	113,5	82,7	82,3	190,0	80,0	163,1	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	9,0	7,7	8,1	8,2	11,3	8,6	11,0	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	92,5	105,8	74,6	74,1	178,7	71,4	152,1	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	37,1	38,6	35,9	32,5	37,5	37,0	43,9	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	10,3	11,8	10,5	6,6	9,9	11,5	11,8	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	13,7	14,2	13,1	14,0	13,2	12,3	15,0	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,7	59,7	29,7	29,9	72,0	32,8	92,3	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	10,2	14,8	7,4	6,8	25,5	8,1	11,1	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,7	8,2	5,4	4,5	5,9	5,1	63,6	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	8,6	22,3	2,4	3,2	23,4	2,6	2,0	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,4	5,5	4,5	5,3	7,8	9,0	6,1	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	169	256	443	402	p 153	p 319	p 452	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	20	29	62	44	p 19	p 30	p 62	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 240	2 121	3 994	4 489	p 735	p 2 480	p 4 681	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	40	55	130	102	p 32	p 60	p 132	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

			1958	1967	1967			1968			
			Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Verkehr											
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t		126	237	247	226	240	237	228	255	...
*Güterversand	1 000 t		195	374	380	387	451	430	380	411	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge			3 262	5 033	5 312	4 492	3 986	6 490	4 767
darunter											
Krafträder (einschließlich Motorroller)			227	13	17	19	10	19	21
*Personenkraftwagen			2 107	3 962	4 169	3 564	3 223	5 120	3 603
*Kombinationskraftwagen			175	393	437	345	238	540	401
*Lastkraftwagen			293	348	404	315	232	539	394
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden			918	1 191	1 354	1 426	1 331	1 275	1 453	p 1 482	p 1 432
*Getötete Personen			40	62	59	79	72	55	74	p 78	p 73
*Verletzte Personen			1 130	1 604	1 850	2 020	1 884	1 701	2 057	p 2 030	p 2 055
Geld und Kredit											
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)											
*Kredite an Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM		3 105 ^d	9 685 ^d	9 441	9 414	9 397	9 956	10 128	10 101	...
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM		939 ^d	2 312 ^d	2 325	2 307	2 215	2 342	2 508	2 361	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		928 ^d	2 290 ^d	2 292	2 296	2 199	2 306	2 466	2 334	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM		2 165 ^d	7 373 ^d	7 115	7 107	7 182	7 614	7 619	7 739	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		1 864 ^d	6 237 ^d	6 081	6 061	6 106	6 461	6 460	6 574	...
*Einlagen von Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM		2 067 ^d	6 461 ^d	5 808	5 906	6 034	6 747	6 806	6 879	...
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM		1 012 ^d	2 303 ^d	1 953	2 032	2 116	2 405	2 441	2 473	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM		857 ^d	1 874 ^d	1 613	1 678	1 734	1 862	1 875	1 968	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM		1 054 ^d	4 158 ^d	3 855	3 874	3 918	4 343	4 365	4 406	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM		706 ^d	2 710 ^d	2 524	2 533	2 559	2 821	2 832	2 851	2 883
*bei Kreditbanken	Mill. DM		.	858 ^d	789	795	805	900	908
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM		57	194	164	197	175	180	156
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM		41	153	142	178	131	156	134
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)			9	10	13	15	9	12	4	8	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)			2	2	4	2	3	-	-	1	...
Wechselproteste	Anzahl		636	819	856	941	733	818	711
	Wert	1 000 DM	465	1 021	1 016	1 095	826	910	780
Steuern											
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM		32 185	88 247	129 280	62 262	64 097	62 195	137 645	68 223	73 108
darunter											
*Vermögensteuer	1 000 DM		1 463	4 369	1 523	2 510	11 244	10 027	995	1 276	10 251
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM		3 596	10 302	10 014	10 057	9 483	10 941	9 150	12 089	9 789
*Biersteuer	1 000 DM		420	816	746	962	974	672	909	1 112	1 220
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		24 497	67 843	112 031	43 169	37 983	34 447	121 841	48 468	46 877
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM		93 577	163 523	196 872	151 914	144 799	139 796	187 468	146 167	150 992
darunter											
*Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer	1 000 DM		26 688	52 109	52 822	55 492	54 061	27 480	30 779	40 513	42 834
*Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM		3 113	5 089	4 173	5 237	5 238	11 034	8 525	15 972	12 854
*Beförderungsteuer	1 000 DM		1 034	1 557	1 674	1 720	1 726	26	23	41	36
*Zölle	1 000 DM		7 838	6 051	5 368	5 658	5 471	6 818	8 305	6 032	7 411
*Verbrauchssteuern	1 000 DM		41 358	58 872	67 033	58 455	55 996	73 992	64 911	54 798	60 126
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM		32 960	39 604	23 643	57 103	38 183	36 554	41 374	34 429	42 572
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		13 191	39 844	65 796	25 353	22 308	20 231	71 558	28 465	27 531
Notopfer Berlin	1 000 DM		354	2	5	-	1	1	1	1	0
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM		5 396	4 745	2 094	1 844	7 276	8 865	1 639	1 885	6 690
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM		37 688	107 687	177 827	68 522	60 291	54 677	193 399	76 933	74 408
davon											
*Lohnsteuer	1 000 DM		14 013	51 319	38 446	54 625	53 188	39 172	43 541	49 193	60 788
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM		15 925	46 019	113 636	11 046	4 203	10 668	124 560	16 209	8 721
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM		428	1 148	1 121	1 678	1 756	679	1 708	1 863	672
*Körperschaftsteuer	1 000 DM		7 328	9 202	24 624	1 173	1 145	4 158	23 590	9 667	4 228

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschließlich durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	105 039 ⁺	104 300 ^e	.	.	.	108 355 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 175 ⁺	7 293 ^e	.	.	.	7 432 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	17 664 ⁺	18 049 ^e	.	.	.	18 727 ^e	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	72 078 ⁺	71 400 ^e	.	.	.	74 363 ^e	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 121 ⁺	7 558 ^e	.	.	.	7 832 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 956 ⁺	7 304 ^e	.	.	.	8 393 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	105,9	105,7	105,8	105,7	105,1	105,0	103,6	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100	.	106,9	106,7	106,7	107,0	105,4	105,6	105,5	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	104,0	103,3	102,6	103,1	p 99,3 ^f	p 99,1 ^f	p 99,5 ^f	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9	104,7	104,7	104,7	98,9 ^f	98,9 ^f	98,9 ^f	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^g	109,3 ^h	106,9	103,2	102,8	p 97,7 ^f	p 97,9 ^f	p 98,9 ^f	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	115,9	.	.	115,5	119,9
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100	90,8 ^g	109,9 ^h	110,3	r 108,3	107,2	102,3 ^f	102,4 ^f	101,6 ^f	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ⁱ⁾	100	120	120	120	120	120	120	120	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	114,4	115,0	115,1	114,4	115,8	116,3	116,1	115,8
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	113,7	113,7	111,6	111,1	112,0	111,1	110,0
Kleidung, Schuhe		.	112,1	112,2	112,1	112,0	111,8	111,9	111,9	112,0
Wohnungsmieten		.	138,2	138,2	138,8	139,3	147,5	148,1	149,3	149,9
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	108,5	106,5	107,7	108,4	113,1	113,6	115,0	115,4
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,3	108,2	108,1	108,1	108,6	108,7	108,7
Löhne und Gehälter¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	223	.	228	.	227
darunter Facharbeiter	DM	124	234	.	240	.	238
*weiblich	DM	68	135	.	137	.	140
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	5,03	.	5,07	.	5,14
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,33	.	5,36	.	5,43
*weiblich	DM	1,53	3,37	.	3,40	.	3,43
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	44,1	.	45,0	.	44,1
*weiblich	Std.	44,2	40,1	.	40,2	.	40,7
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,0	.	40,6	.	39,6
*weiblich	Std.	41,4	38,3	.	35,8	.	36,3
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 155	.	1 161	.	1 198
*weiblich	DM	382	752	.	751	.	774
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 243	.	1 244	.	1 278
*weiblich	DM	403	773	.	769	.	795
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	1 001	.	1 002	.	1 038
*weiblich	DM	331	621	.	624	.	662
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 130	.	1 144	.	1 153
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 048	.	1 050	.	1 086
*weiblich	DM	347	658	.	660	.	694
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 234	.	1 236	.	1 269
*weiblich	DM	391	771	.	766	.	793

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 17) einschließlich Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinerwerbenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.4. - 30.6. f) ohne Mehrwertsteuer
 g) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) h) Wirtschaftsjahr 1966/67 (Juli-Juni) i) Umbasierung der Originalreihe 1950=100

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen ¹⁾				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	Zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	Fertiggestellte Wohnungen		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbli. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
Mill. DM								in 1 000				
1962	27	24	52	716	980	237	434	914	1 649	196	10 310	396
1964	28	27	55	767	1 153	266	481	1 061	1 855	216	12 259	438
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen am 31. 12. in Mill. DM ⁴⁾	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge		
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt			Aufwand in Mill. DM	
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM			Empfänger in 1 000
in 1 000														
1962	379	48	245	33	12 968	641	16 832	2 018	74,0	.	.	9,5		
1964	458	30	331	36	13 032	694	17 382	2 729	88,5	37,3	38,4	11,5		
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	36,2	12,5		
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1		
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	...	13,5		

Jahr	Steuereinnahmen							Steuern vom Einkommen ⁵⁾		Neuverschuldung ⁶⁾		
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	insgesamt	Umsatzsteuer	Verbrauchssteuern	insgesamt	aus Steuern vom Einkommen	insgesamt	Gewerbesteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
Mill. DM												
1962	1 554	510	618	728	577	348	238	888	369	1 513	809	522
1964	1 738	584	632	856	670	406	287	1 098	491	1 619	1 089	756
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888
1966	1 911	680	646	982	759	441	314	1 245	598	1 950	1 323	971
1967	1 962	686	706	1 059	814	452	321	1 292	616	2 136	1 429	1 074

Jahr	Preisindices					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁷⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angest. in Industrie ⁹⁾ u. Handel			öffentlicher Dienst	
	industrieller Produkte	landwirtschaftlicher Produkte ⁸⁾		insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Bruttwochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾	
						Männer	Frauen	Kaufmännische Angestellte		Techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
	1962=100	1961/63=100						Männer	Frauen	Männer		
DM												
1962	100	100,8	100	100	100	163	98	756	466	912	1 045	692
1964	101,6	107,2	110,0	105,4	105,0	187	113	865	536	1 048	1 165	783
1965	104,0	114,1	114,6	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 298	922
1967	104,9	...	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 234	1 298	922

1) nur Neu- und Wiederaufbau einschließlich Umbau ganzer Gebäude 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres) 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) ohne Postspareinlagen 5) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten 6) ohne Kassenkredite 7) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes 8) Wirtschafts-jahr Juli bis Juni 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.5.1968			Bevölkerungsveränderung im Mai 1968			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1968 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- bzw. Sterbe- überschuß (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	96 108	+ 0,1	- 0,4	56	79	135	45	-	57
KIEL	269 034	+ 0,1	- 0,3	27	232	259	124	2	155
LÜBECK	242 429	+ 0,1	- 0,1	118	29	147	144	4	186
NEUMÜNSTER	73 227	- 0,0	- 0,5	-	- 10	- 10	31	-	35
Eckernförde	73 756	+ 0,2	+ 2,9	37	86	123	32	4	60
Eiderstedt	19 928	+ 0,2	+ 1,0	7	32	39	26	1	44
Eutin	95 605	+ 0,3	+ 0,9	52	189	241	88	4	127
Flensburg-Land	72 943	+ 0,2	+ 2,0	60	114	174	51	4	85
Hzgt. Lauenburg	142 128	+ 0,0	+ 1,4	67	- 14	53	63	4	94
Husum	68 343	+ 0,1	+ 0,8	37	7	44	34	3	52
Norderdithmarschen	61 872	+ 0,2	+ 2,1	37	106	143	40	-	50
Oldenburg in Holstein	85 769	+ 0,5	+ 1,1	50	365	415	80	2	118
Pinneberg	262 668	+ 0,3	+ 1,9	247	496	743	122	4	174
Plön	113 018	+ 0,1	+ 0,8	64	57	121	79	5	115
Rendsburg	163 428	+ 0,1	+ 1,0	105	110	215	102	12	156
Schleswig	100 998	- 0,1	+ 0,7	- 5	- 53	- 58	43	6	63
Segeberg	112 580	+ 0,1	+ 2,9	43	118	161	71	6	112
Steinburg	128 297	+ 0,2	+ 0,3	67	227	294	64	4	82
Stormarn	178 201	+ 0,4	+ 3,8	137	516	653	92	5	132
Süderdithmarschen	73 343	- 0,1	- 0,4	30	- 84	- 54	43	1	59
Südtondern	71 583	+ 1,0	+ 1,6	51	687	738	58	2	99
Schleswig-Holstein	2 512 258	+ 0,2	+ 1,1	1 287	3 289	4 576	1 432	73	2 055

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeug- bestand am 1.7.1968		Pkw ⁵⁾ je 1 000 Einwohner am 1.7.1967
	Betriebe am 31.7.1968	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Juli 1968 in Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 31.7.1968	je 1 000 Einwohner am 31.3.1968				
FLensburg	67	6 969	69	31	19 954	17 760	176
KIEL	166	30 235	113	140	56 118	49 945	177
LÜBECK	146	31 188	128	120	47 006	40 971	161
NEUMÜNSTER	60	10 491	138	29	15 519	13 606	180
Eckernförde	34	1 780	25	7	18 424	13 927	180
Eiderstedt	9	433	21	3	5 133	3 800	182
Eutin	48	4 009	39	21	22 492	18 106	179
Flensburg-Land	33	899	12	6	21 312	15 699	206
Hzgt. Lauenburg	92	8 566	58	40	34 397	27 194	181
Husum	24	1 315	19	12	17 392	12 719	187
Norderdithmarschen	32	1 352	24	4	15 719	11 585	181
Oldenburg in Holstein	28	1 427	17	9	20 008	14 919	166
Pinneberg	258	25 051	94	135	60 839	51 556	187
Plön	55	2 861	22	16	29 586	22 690	181
Rendsburg	96	8 992	53	38	41 528	31 681	181
Schleswig	41	3 380	33	40	26 805	19 951	188
Segeberg	87	5 511	50	30	32 006	23 958	202
Steinburg	90	10 419	80	52	30 469	23 485	173
Stormarn	134	14 612	80	138	44 692	37 232	197
Süderdithmarschen	38	4 332	56	53	18 899	13 853	179
Südtondern	13	1 038	14	8	18 198	13 847	183
Schleswig-Holstein	1 553	174 860	68	933	596 496	478 484	181

1) nach dem Gebietsstand vom 31.5.1968 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung) 4) ohne Umsatz in Handelsware, aber
zugänglich Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen
Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31.3.1968			Offene Stellen am 31.7.1968 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30.6.1968 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Juli 1968			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Melereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 4.6.1968	Rindvieh am 4.6.1968	
		VZ 1961	31.3.1967							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 504,6	+ 8,1	+ 1,1	16	14	202	93,3	12,7	1 718	1 500	504
Hamburg	1 829,0	- 0,2	- 0,8	23	24	2	87,1	12,4	25	18	6
Niedersachsen	6 998,8	+ 5,4	+ 0,4	51	54	429	89,5	13,4	5 121	3 000	1 055
Bremen	753,3	+ 6,7	+ 0,4	7	6	2	72,7	14,6	11	20	5
Nordrhein-Westfalen	16 857,5	+ 6,0	+ 0,1	159	301	299	93,7	12,2	3 566	2 018	776
Hessen	5 274,5	+ 9,6	+ 0,6	58	120	137	79,3	11,5	1 339	932	376
Rheinland-Pfalz	3 627,5	+ 6,2	+ 0,3	22	32	92	77,7	10,0	814	784	301
Baden-Württemberg	8 595,1	+ 10,8	+ 0,7	119	281	244	75,7	9,5	2 092	1 900	830
Bayern	10 298,5	+ 8,2	+ 0,7	98	149	630	78,6	10,3	4 258	4 344	2 000
Saarland	1 130,9	+ 5,4	- 0,1	4	15	11	79,5	11,5	81	75	31
Berlin (West)	2 154,5	- 2,0	- 1,1	28	19	0	20,3	14,4	.	.	.
Bundesgebiet	60 024,3	+ 6,9	+ 0,3	587	1 015	2 048	84,2	11,3	19 025 ^a	14 591 ^a	5 883 ^a

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im April 1968			
	Beschäftigte		Umsatz im März 1968		Produktionsindex ³⁾ 1958=100 im Mai 1968	Beschäftigte am 31.3.1968		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31.3.1968	je 1 000 Einw. am 31.3.1968	Mill. DM ²⁾	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	171	68	920	19	160	60	24	1 843	7,4	714	2,9
Hamburg	201	110	1 486	14	.	41	23	2 101	11,5	799	4,4
Niedersachsen	706	101	3 490	24	.	172	25	5 801	8,3	2 267	3,2
Bremen	93	124	573	10	.	20	27	570	7,6	247	3,3
Nordrhein-Westfalen	2 507	149	11 799	17	.	379	22	13 608	8,1	6 737	4,0
Hessen	671	127	2 686	22	190	137	26	4 271	8,1	1 168	2,2
Rheinland-Pfalz	361	99	1 827	21	.	87	24	2 494	6,9	955	2,6
Baden-Württemberg	1 419	165	5 732	19	.	220	26	5 986	7,0	2 643	3,1
Bayern	1 242	121	4 820	17	.	250	24	9 812	9,5	3 005	2,9
Saarland	149	132	455	31	.	23	21	473	4,2	267	2,4
Berlin (West)	247	115	1 085	11	.	46	22
Bundesgebiet	7 768	129	34 872	18	.	1 433	24	46 959	8,1	18 802	3,3

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1.1.1968		*Pkw ⁴⁾⁵⁾ je 1 000 Einwohner am 1.7.1967	Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Juni 1968				Bestand an Spar-einlagen ⁷⁾ am 30.6.1968 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 2. Vj. 1968		
	insgesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁸⁾	Bundes- ⁸⁾	Gemeinde-
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	582	464	181	1 453	74	2 057	147	1 743	103	183	...
Hamburg	418	373	201	954	14	1 290	137	3 350	310	1 266	...
Niedersachsen	1 652	1 301	182	3 826	237	5 508	150	2 166	115	153	...
Bremen	156	137	179	365	6	423	118	2 459	192	644	...
Nordrhein-Westfalen	3 560	3 038	177	8 562	360	11 859	143	2 547	156	228	...
Hessen	1 304	1 067	198	2 666	131	3 851	149	2 599	187	222	...
Rheinland-Pfalz	863	664	178	1 917	106	2 775	150	2 144	120	179	...
Baden-Württemberg	2 148	1 710	195	3 947	190	5 957	156	2 597	168	237	...
Bayern	2 652	1 977	187	5 386	272	7 799	150	2 483	146	187	...
Saarland	226	188	162	501	21	684	141	1 940	99	138	...
Berlin (West)	390	349	157	1 037	24	1 347	132	1 897	102	405	...
Bundesgebiet	14 005 ^b	11 293 ^b	184	30 614	1 435	43 550	147	2 434	152	251	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Energieversorgung und Bauindustrie
 2) zuzüglich Umsatzsteuer 3) ohne Bau und ohne Energie, arbeitstäglich 4) ohne Bundespost und Bundesbahn 5) einschließlich Kombinationskraftwagen
 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen
 8) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten a) ohne Berlin b) einschließlich Bundesbahn und -post: 55 000 Kfz und 25 000 Pkw

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Bevölkerungsbewegung	
Wanderungen 1966	4/75
Gesundheitswesen	
Krankenhäuser 1966	3/55
Todesfälle, Unnatürliche —	9/199
Unterricht, Bildung und Kultur	
Lehrerbedarf	7/154
Realschulabschluß	8/191
Schülerzahlen, Entwicklung der —	5/99
Studenten 1968	8/191
Volkshochschulen	3/51
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Anbau und Ernte 1967	4/80
Baumschulen	2/42
Ertragsmessungen Landwirtschaft	8/171
Geflügelwirtschaft	5/107
Gemüseanbau	2/47
Kartoffeln	1/7
Viehwirtschaft, Zur — 1967	8/183
Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften 1965-1967	6/140
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)	1/3
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)	2/32
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)	3/57
Handel und Gastgewerbe	
Postverkehr 1967	3/64
Verkehr	
Straßenverkehrsunfälle 1967	7/159
Geld und Kredit, Versicherungen	
Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967	6/136
Öffentliche Finanzen	
Ausgaben für öffentliche Schulen	8/186
Gemeindesteuern 1967	3/69
Investitionskraft der Gemeinden	6/123
Körperschaftsteuer 1965	9/210
Landeshaushalt 1966	4/85
Löhne und Gehälter 1965	1/19
Steueraufkommen 1967	2/46
Umsätze in freien Berufen	3/71

Preise

Baupreise im Bundesgebiet	9/201
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preisindex —	1/14
Verbraucherpreise im Bund	7/164

Löhne und Gehälter

Arbeitszeiten Industrie	5/114
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 1)	5/118
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)	6/128

Versorgung und Verbrauch

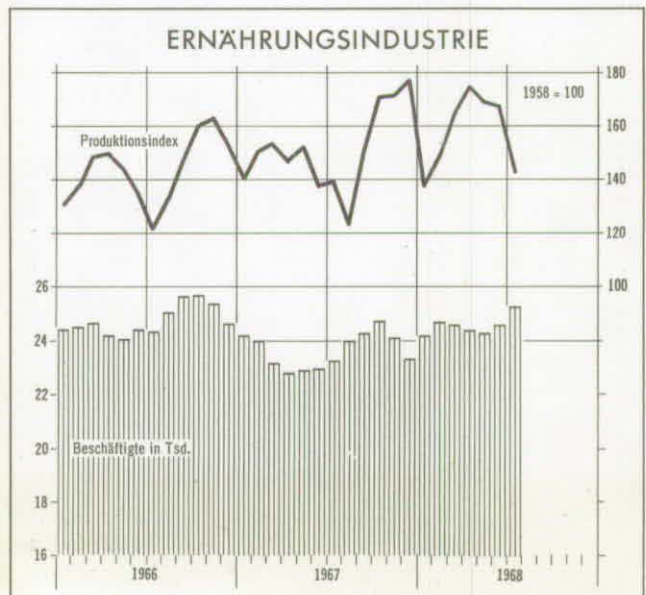
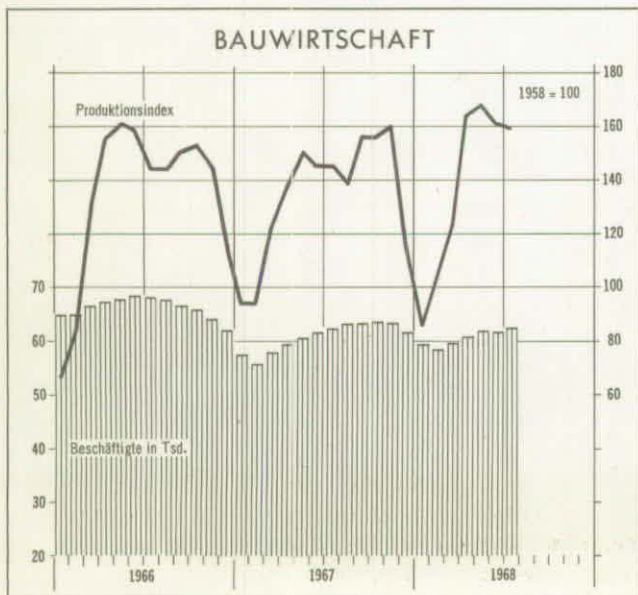
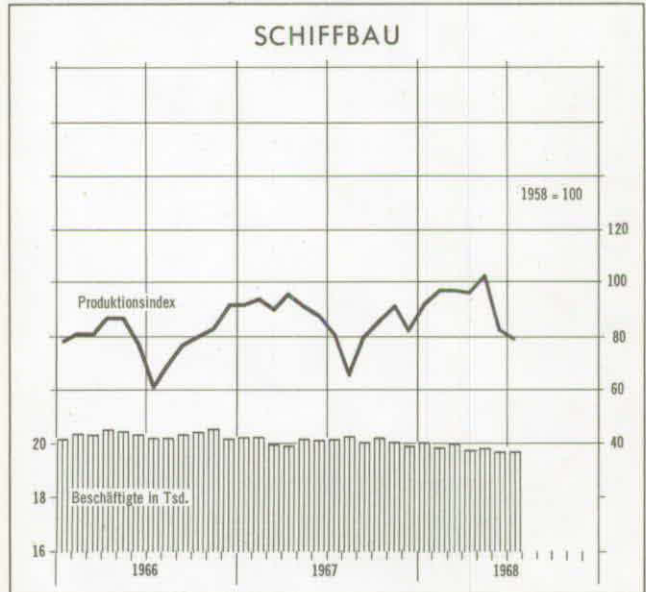
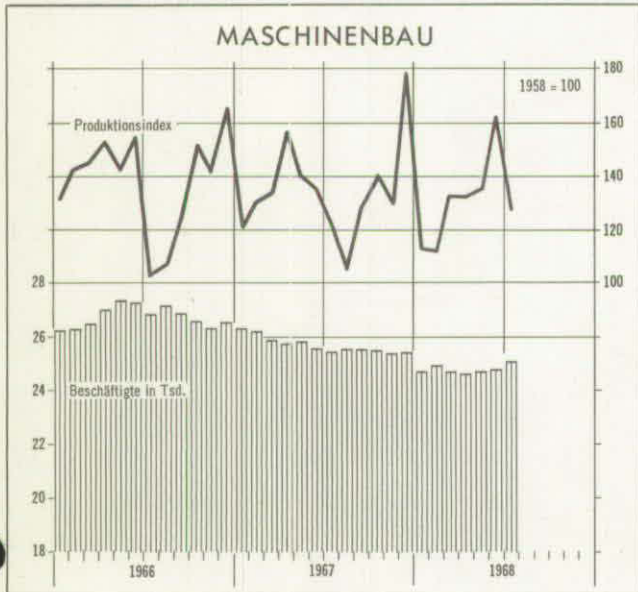
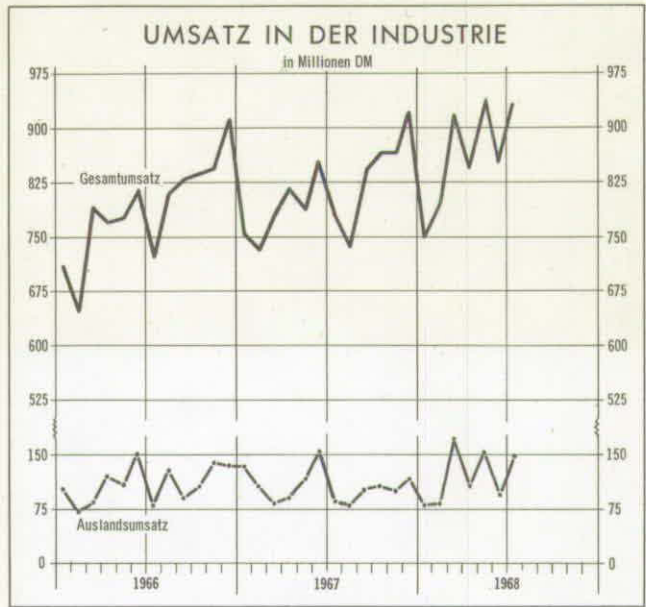
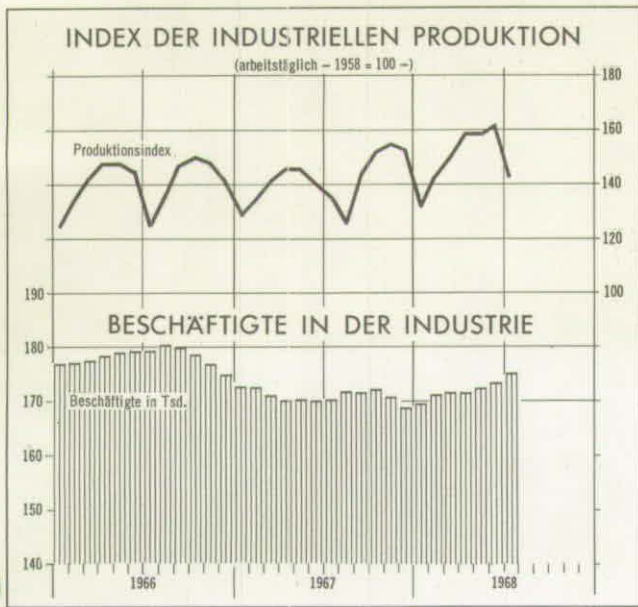
Arbeitnehmerfamilien, Verbrauch in —	4/91
--------------------------------------	------

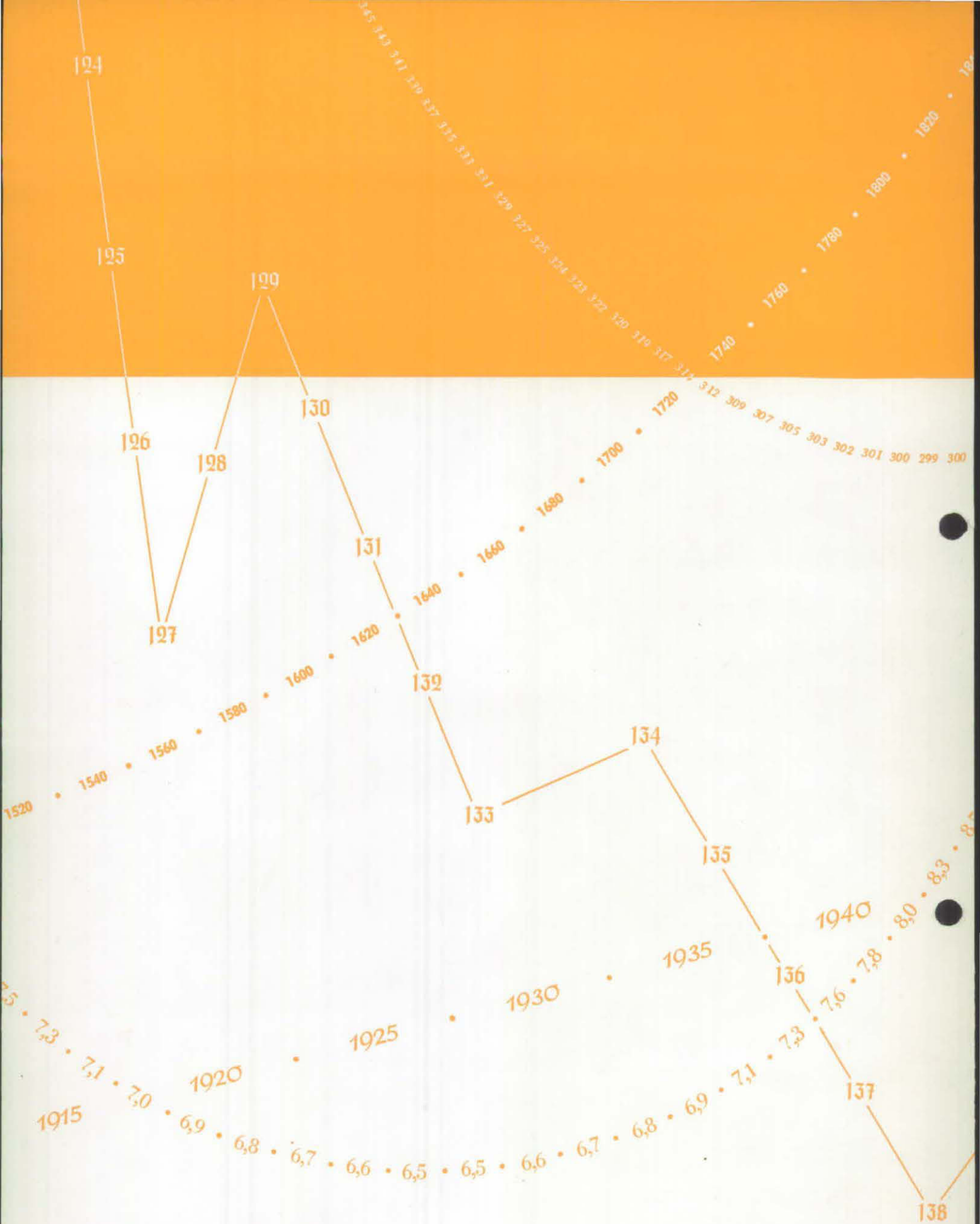
Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt 1966	2/27
Bruttoinlandsprodukt 1967	9/125
Volkseinkommen	7/177

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,- DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen